Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg. Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 292. Mittwoch, den 14. Dezember 1921. 28. Jahrgang.

Die Januarrate muß bezahlt werden.

Berlin, 14. Dezember.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" von gut unterrichteter Seite erfährt, dürften sich die Londoner Besprechungen in der Hauptsache um die zukünftige Frage einer Aenderung des Reparationsproblems gedreht haben. Die 500 Millionen Goldmark, die von uns für dei 15. Januar aufzubringen sind, dürften aller Voraussicht nach unter allen Umständen aus eigenen Mitteln bezahlt werden. Mit einer Unterstützung durch einen kurzfristigen Kredit kann höchstens für die am 15. Februar fällige Rate gerechnet werden. Ueber die Reparationsfragen, die erst nach dem 15. Februar akut werden, dürfte nur ganz lose Fühlung genommen sein.

Die Goldreserven für die Januarzahlung?

Berlin, 14. Dezember. (Lok.-Anz.)

Die Regierung hofft, die Summe für die Januarzahlung bis zum 15. Januar aufbringen zu können, natürlich nur unter den allergrößten Schwierigkeiten. In unterrichteten Kreisen weist man die Möglichkeit nicht von der Hand, daß die Regierung gezwungen sein könne, zu diesem Zweck unsere Goldreserven anzugreifen.

Englands Verzichtplan.

London, 14. Dezember.

Die „Westminster Gazette" meldet, England sei bereit, auf einen großen Teil seiner Ansprüche gegenüber Deutschland zu verzichten, doch werde Lloyd George ähnliche Zugeständnisse von Frankreich verlangen. Immerhin wird England, wie die „Times" erfährt, darauf bestehen, daß ihm mindestens die 30 Millionen Pfund Sterling, die es für die Besetzung deutschen Gebietes ausgegeben hat, zurückgezahlt werden.

Die „unschuldigen" Kappisten.

Leipzig, 13. Dezbr. (Eig. Drahtber.)

Jagows Spezialgehilfe, der Polizeireferent Doyé, ist einer jener verkappten Unschuldslämmer, denen bitteres Unrecht geschehen, ist, denn schon am 11. März, als Kapp ihn in Gegenwart des Angeklagten Jagow befragte, wie die Stimmung in der Sicherheitspolizei sei, hatte er den Eindruck, daß Kapp mit dem Feuer spiele. Deswegen hat er nach seinen Angaben dringend gebeten, die Hände davon zu lassen. Ihm sei nichts von Unruhe in der Sicherheitspolizei bekannt. Trotzdem hat Doye sofort mit Kapp und Jagow den Posten eines Unterstaatssekretärs im Preußischen Ministerium des Innern angenommen und ausgeübt. So hat er dem Minister v. Jagow jenen Erlaß zur Unterzeichnung vorgelegt, der den Sicherheitspolizeibeamten eine tägliche Zulage von 7 Mark versprach. Aber auch das war selbstverständlich keine besondere Amtshandlung, sondern nur eine selbstverständliche Folgerung aus der Tatsache, daß die Reichswehr eine Zulage erhalten hatte! Uebrigens: Jagow hat sich nur auf die „laufenden Arbeiten" seines Ressorts beschränkt. „Laufende Arbeiten?" fragt der Vorsitzende. „Die Entlassung von Oberpräsidenten ist doch keine laufende Angelegenheit?" — „Das nicht," sagt Doye, „aber diese Entlassungen sind sicher nur als direkte Anordnungen von Kapp erfolgt". Jagow — der hat überhaupt nichts getan.

General Maerker, der vielgenannte damalige Kommandeur in Dresden, hat bekanntlich von Dresden aus den Versuch unternommen, die Kappisten zum Rücktritt zu veranlassen. Er berichtet als Zeuge, daß er in Dresden einen Fernspruch erhielt, wonach die „flüchtigen" Regierungsmitglieder zu verhaften seien oder doch daran verhindert werden sollten, der Kappisten-Regierung Schwierigkeiten zu machen. Er habe auf jeden Fall zu verhindern gesucht, daß Reichswehr auf Reichswehr schießen müsse. Deswegen habe er den Ministern in Dresden vorgeschlagen, daß er nach Berlin fahren und die Kappisten auf den verfassungsmäßigen Weg zurückführen werde. Noske habe jede Verhandlung mit den Hochverrätern abgelehnt und ebenso die übrigen Minister. Jedoch habe man ihm gestattet, eine persönliche Beeinflussung zu versuchen. Maerker hat dann in Berlin den Kappisten ernstlich zugeredet, sofort zurückzutreten, insbesondere Kapp und Lüttwitz, da sie von ganz irreführenden Voraussetzungen ausgingen, wenn sie glaubten, daß sie die ganze Reichswehr und die Bevölkerung hinter sich hätten. Mit Lüttwitz hatte der Zeuge einen heftigen Zusammenstoß, weil Lüttwitz einen Maerker unterstellten Brigadekommandeur, den General von Groddeck in Magdeburg, abgesetzt hatte, da er zu schlapp gewesen sei. Gegen diese Verfügung erhob Maerker schärfsten Einspruch mit der Wirkung, daß Lüttwitz auch ihn für abgesetzt erklärte. Durch Vermittlung Hülsens hat Lüttwitz ihn später wieder eingesetzt. Ein telegraphischer Befehl von Lüttwitz an die ihm unterstellten Kreiskommandeure sollte die bundesstaatlichen Regierungen auffordern, binnen 2 Stunden die Kappregierung anzuerkennen oder sich als abgesetzt zu betrachten; diesen Befehl hat Maerker nicht weitergegeben. Zeuge bestätigt, daß Wangenheim bei den Beratungen in Berlin sich dahin ausgesprochen habe, wenn der Generalstreik nicht beigelegt werde, würden die Städte nicht mit Lebensmitteln beliefert werden, und falls die Arbeiter aufs Land gingen, würden sich die Bauern zur Wehre setzen. (Wangenheim hat diese Aeußerung bisher bestritten, um seine Inaktivität zu bekunden.)

Weiter wurde heute Ministerialdirektor Meister vernommen, den Jagow hatte verhaften lassen, weil er die Beamten aufgefordert hatte, der alten Regierung die Treue zu halten, sowie der frühere Preußische Ministerpräsident Paul Hirsch. Der letztere bestätigt die Aussage Schiffers, daß die alte Regierung beschlossen hätte, je einen Minister aus jeder Koalitionspartei in Berlin zu belassen. Er schildert die Verhaftung der preußischen Minister und deren Protest gegen die Kapp-Gewalt.

* * *

Wer den Verhandlungen im Reichsgericht folgt, gewinnt kaum den Eindruck, daß hier gegen Hochverräter verhandelt wird, deren putschistisches Unternehmen das Leben Hunderte von Volksgenossen gefordert, und außerdem schweren Schaden für das Volksganze herbeigeführt hat. Die Prozeßführung ist eine so konziliante, die Bewegungsfreiheit dieser Angeklagten eine so ungehemmte, daß es zuweilen scheint, als betrachteten sie die ganze Sache als eine amüsante Abwechslung in ihrem sonst so tätigkeitslosem Leben. Während der kurzen Verhandlungspausen promenieren sie mit ihren Damen auf den Korridoren und halten traute Zwiegespräche mit den Zeugen, die ihnen nahestehen. Niemand merkt ihnen an, daß sie die Angeklagten sind. Sie scheinen zum Frohsinn allen Anlaß zu haben, wenn man die Aussagen der Kappistenzeugen als maßgebend für die Beurteilung ansehen wollte; denn diese Zeugen — von Falkenhausen über Doye bis Traub und Bredereck — wissen von einer aktiven Tätigkeit der Angeklagten nie etwas Bestimmtes, sondern immer nur Günstiges auszusagen.

Traub, der am Nachmittag vernommen wurde, wußte nur, daß Kapp ein „heißes Herz" für das Vaterland habe. Jagow war nach Traub ein „stiller Beobachter", „Und Schiele?" fragte der Verteidiger. „Ja, der hat auch nur still beobachtet." Nun fragt der Reichsanwalt: „Nach Ihrer Meinung war Jagow stiller Teilhaber, Schiele auch, Sie ebenfalls. Was war Wangenheim?" Prompt antwortet Traub, daß auch Wangenheim nichts anderes gewesen sei. Wer denn eigentich der laute Teilnehmer war, weiß Traub natürlich nicht. Höchstens, daß Kapp und Bauer und Pabst — alle die nicht zu fassen sind, natürlich — sich reger beteiligt haben. Die, die hier sind, bleiben harmlose Menschen und Traub würde es sicher beschwören, wenn ihn nicht glücklicherweise die Nichtvereidigung davor bewahrte. Als interessantesten Schlußpunkt unter seine Zeugenaussage setzt Traub einen Artikel des deutschnationalen Professors v. Behlow aus Freiburg, der versichert, daß ohne den Kapp-Putsch das deutsche Volk dauernd um seinen Reichstag gekommen wäre.

Nach der pfäffisch-kläglichen Art, mit der Traub sich und seine Freunde aus der Patsche zu reißen suchte, wirkt die aufdringliche Beredsamkeit des Kappschen Pressechefs Bredereck, geradezu provozierend. Wollte man dieser Darstellung glauben, dann waren all die Herrschaften, die morgens um 6 Uhr sich am Brandenburger Tor zusammenfanden, lediglich dorthin gegangen, weil sie eine Art Gaudi dort erwarteten. Sie haben sich die Ehrhardt-Brigade angesehen, die General v. Oven gestern als eine Mustertruppe bezeichnete, und sind der klingenden Musik und den wehenden Fahnen gefolgt, die den Zug durch das Brandenburger Tor charakterisierten. Beim Reichskanzlerhause sind sie dann mal schnell hineingegangen, um zu sehen was los sei und — na ja, das andere fand sich von selbst. Ein Kapitänleutnant als Zeitfreiwilliger wurde Pressechef, dieser ernannte Bredereck zum Gehilfen und so kam es, daß Bredereck trotz seiner Vergangenheit den Pressevertretern als Sprachrohr der „Regierung des Könnens und der Tat" gegenübertreten konnte. Wirklich, eine wundersamere Regierungsbildung ist noch nicht vor sich gegangen, als wie sie hier von den Leuchten der Vaterlandspartei, den Gönnern des alten preußischen Staates versucht worden ist.

Ueberflüssig, die einzelnen kleinen Zeugen besonders aufzuführen, den Vorsitzenden des Nationalverbandes deutscher Offiziere, Molkenthin, den Oberstleutnant v. Olewitz, der das Bureau im Reichswehrministerium im Stich ließ und sich zu seinen Freischärlern begab, die er am Potsdamer Bahnhof wußte, der dann lediglich um der Ordnung willen, den Posten eines Staatschefs bei Lüttwitz übernahm usw. usw., schließlich den Oberpostdirektor Sönksen, der zunächst Kapp nicht als Reichskanzler anerkennen wollte, dann doch den Auftrag annahm, Reichspostminister zu werden, diesen Auftrag aber wieder von der verfassungsmäßigen Regierung bestätigt haben wollte, endlich jedoch in der Ausübung seines Amtes durch die Beamten des Ministeriums gehindert wurde, Reichsbankpräsident Havenstein, von dem der Reichskanzler Kapp zunächst eine Million, dann gar 10 Milliarden Reichsbankgelder für seine Regierung forderte, schilderte sehr anschaulich die politische Hilflosigkeit der Gesellen, die lediglich auf Grund der militärischen Macht der Ehrhardt-Brigade sich das Recht anmaßten, dem deutschen Volk eine reaktionäre Verfassung aufzudrängen, oder wie sie heuchlerisch sagen, die verfassungsmäßigen Zustände wieder herzustellen. Von dieser Ehrhardt-Brigade sagt Herr Kapitänleutnant Fischler, daß sie nie und in keiner Weise auf irgend eine Regierung oder Verfassung vereidigt, verpflichtet oder durch Gelöbnis gebunden worden sei. Jene Unteroffiziere, die nicht den Zug nach Berlin mitmachen wollten, seien deshalb gar keine echten Ehrhardt-Soldaten gewesen, denn sie waren erst drei Tage bei der Brigade.

Am Mittwoch sollen die letzten Zeugen vernommen werden, so daß am Donnerstag wahrscheinlich die Plädoyers stattfinden werden. Nach den schleppenden Verhandlungen über eine klare Rechtslage darf man dem Ausgang mit ebenso großer Spannung entgegensehen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, Dienstag, den 13. Dezember.

Die neue Tagung des Reichstages begann wieder mit einer endlosen Kette von kleinen Anfragen. Davon betrafen zahlreiche die Verhältnisse im besetzten Gebiete. In allen Fällen konnte die Reichsregierung die schweren Anklagen von Ausschreitungen einzelner Besatzungssoldaten und die ungenügende Entschädigung der Betroffenen nur bestätigen. In mehreren Fällen schweben noch die Verhandlungen. Zwei der Anfragen über Vorkommnisse im besetzten Gebiet gingen aus der sozialdemokratischen Fraktion hervor. Genosse Kaiser interpellierte zugunsten der hungernden Familie eines von zwei marokkanischen Soldaten ermordeten Kaufmanns in Höchst a. M. Die Reichsregierung antwortete, daß von der französischen Regierung eine Antwort auf die Forderung nach einer genügenden Entschädigung noch nicht eingetroffen sei. Die schwere Notlage der betroffenen Familie sei der Reichsregierung bisher unbekannt gewesen. Die Kölner Abgeordneten Sollmann und Meerfeld fragten an, ob die Reichsregierung die Beweise kenne, auf Grund welcher ehemalige Offiziere des Infanterieregiments Nr. 56 vom Kriegsgericht in Aachen wegen militärischer Umtriebe im besetzten Gebiete zu schweren Strafen verurteilt worden seien. Die Antwort der Reichsregierung sagte, daß sich das Urteil der Besatzungsbehörde auf haltlose Vermutungen stütze, und ein unbegreifliches Fehlurteil sei.

Der deutsche Volksparteiler und gelbe Arbeiterführer Adams aus Essen regte sich in einer Anfrage darüber auf, daß zwei Raubmörder zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden seien. Er wurde von einem Regierungsvertreter dahin belehrt, daß die Angelegenheit zur Zuständigkeit des preußischen Staatsministeriums gehöre. Beiläufig bemerkt, kostet diese Belehrung eines Abgeordneten der Reichskasse 900 Mark. Dies ist nämlich der Betrag für die Kosten einer kleinen Anfrage, die ja für Abgeordnete und Presse in hunderten Exemplaren gedruckt werden muß.

Eine weitere Anfrage beschäftigte sich mit einer Räubergeschichte in dem rechtsbolschewistischen „Deutschen Abendblatt", das behauptet hatte, aus der Ludendorff-Spende seien hundert Millionen Mark zur sozialdemokratischen Wahlpropaganda verschleudert worden. Der Regierungsvertreter erwiderte natürlich, **daß diese verrückte Behauptung aus der Luft gegriffen ist,** was nicht verhindern wird, daß wir ihr noch recht oft bei deutschnationalen Verleumdern begegnen werden.

Zur Beantwortung der Interpellation betr. die Finanznot der Gemeinden erklärte sich die Regierung noch im Laufe dieser Woche bereit. Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze wurde in erster und zweiter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, der die Frauen zu Beisitzern an den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten zulassen will. Auch das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat ging in erster und zweiter Lesung durch das Parlament.

Dann folgte die volksparteiliche Interpellation über Vorkommnisse in der Pfalz, die sich durch die Antwort vom Regierungstisch zu einer hochpolitischen Abwehr gegen die französische Rheinlandpolitik erhob. Der Interpellation liegen Vorkommnisse anläßlich großer republikanischer Demonstrationen in Speyer nach dem Erzbergermorde zugrunde. Durch die Unbesonnenheit der Kommunisten, die aus der Einheitsfront der Arbeiter heraustanzten, und durch das Techtelmechtel einiger führender Kommunisten mit französischen Politikern versuchten französische Militaristen, die Arbeiterbewegung für eine selbständige Republik Pfalz einzuspannen. Der volksparteiliche Abgeordnete Moldenhauer als Interpellant sprach von einem Hochverrat gekaufter Subjekte und verlangte, daß der französischen Lügenpropaganda eine deutsche Aufklärungspropaganda entgegengestellt wird. Unter großer Aufmerksamkeit des ganzen Hauses beantwortete Reichsminister des Innern, Dr. Koester, die Interpellation mit einer Beleuchtung der französischen Kräfte, die auf Schleichwegen erreichen wollen, was sie im Friedensvertrage nicht erlangen konnten. Diese französischen Kreise verfolgen die Politik, das Deutsche Reich in einzelne, unabhängige Staaten aufzulösen. In der Pfalz führten sie sowohl mit Anhängern der bayrischen Königspartei wie auch mit Kommunisten über dasselbe Ziel Verhandlungen. Nach Koesters Auffassung scheinen die französischen Imperialisten in den letzten Monaten stark mit kommunistischen Unterströmungen gerechnet zu haben. Der Minister sah sich veranlaßt, die rheinischen Arbeiter selbst vor solchen französischen Politikern zu warnen, die im Mantel des Demokraten zu ihnen kommen. Im Falle Smeets erwartet die Reichs-

regierung, daß die Alliierten ihre Eingriffe zurücknehmen werden. Das Deutsche Reich kann gegenüber den französischen Bemühungen in den Rheinlanden sich nicht auf Machtmittel stützen, aber es hat auf seiner Seite das gute Recht und die Treue unserer Landsleute. Jeder französische Angriff hindert nur die deutsch-französische Verständigung, die zum Wiederaufbau Europas notwendig ist. Die Leiden der Rheinländer müssen zu den Leiden aller Deutschen werden.

In der Aussprache nahm Gen. Hoffmann (Kaiserslautern), der frühere bayrische Ministerpräsident, eine Stellung ein, die durchaus im Einklang mit der Ministerrede sich befand. Es sei Tatsache, daß sowohl im Saargebiet wie in der Pfalz Kommunisten gute Beziehungen zu den französischen Behörden unterhielten. Hoffmann wies aber auch darauf hin, daß die kommunistischen Aktionen in Speyer nicht entstanden wären, wenn die bayrische Regierung rechtzeitig für Beseitigung der monarchistischen Bilder und Wappen gesorgt hätte. Der Begünstigung des gekauften Franzosenagenten in Köln stellte Hoffmann die Tatsache entgegen, daß die Rheinlandkommission die Immunität der deutschen Reichstagsabgeordneten nicht anerkennt. Er warnte die Franzosen, auch nur die geringste Hoffnung auf eine Schwenkung der Rheinländer nach dem Westen zu setzen. Die rheinischen Arbeiter bedanken sich dafür, die deutsche Republik für den französischen Militarismus und den französischen Imperialismus einzutauschen. Solange in Deutschland republikanische Politik getrieben werde, brauche man sich um die Stimmung der rheinischen Bevölkerung nicht zu sorgen.

Die Fortsetzung der Aussprache wurde auf Mittwoch vertagt.

•

Nicht weniger als 87 Beratungsgegenstände sind im Reichstage noch unerledigt. Das Parlament hofft, wenigstens noch die wichtigsten davon vor Weihnachten verabschieden zu können. Ob der Reichstag am Sonnabend vertagt wird oder einige Tage der nächsten Woche seine Beratungen noch in Anspruch nehmen muß, steht einstweilen nicht fest. Auch ist möglich, daß während der eigentlichen Weihnachtsferien wegen der Reparationsfrage eine Einberufung des Reichstages erfolgen muß. Die Nachtragsetats, die Besoldungsgesetze und die Interpellation über die Finanznot der Gemeinden sollen zu einer gemeinsamen Debatte verbunden werden. Großer Wert wird darauf gelegt, noch in dieser Woche das Reichsschulgesetz zu verabschieden, weil durch die Schulstreiks in manchen Gegenden Deutschlands unerträgliche Verhältnisse geschaffen werden. Der Reichspostminister wünscht noch im Laufe dieser Woche seine Erhöhung der Postgebühren durchzudrücken. Die Verabschiedung des Reichs-Mietegesetzes (Gesetz über die Mietzinserhebung) vor Weihnachten wird als möglich betrachtet. Dagegen soll das Gesetz über die Aenderung der Kohlensteuer noch verabschiedet werden.

Die Abstimmung in Oedenburg.

Wien, 14. Dezember.

Obwohl die Botschafterkonferenz die internationale Generalkommission in Oedenburg ermächtigt hat, die Volksabstimmung auf den 18. Dezember zu verschieben, hat der Vorsitzende der Generalkommission den ungarischen Kommandanten von Oedenburg verständigt, daß die Abstimmung am 14. Dezember stattfindet. Die österreichische Regierung lehnte 32 Abstimmungskommissare ab und wird die Abstimmung nicht anerkennen. —

Die Südsee-Entente.

Washington, 14. Dezember.

Das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean ist gestern im Staatsdepartement vom Staatssekretär Hughes für Amerika, von dem Delegierten Balfour für England, von Viviani für Frankreich und von dem Fürsten Tegukawa für Japan unterzeichnet worden. —

Indirekte Steuern in Sowjetrußland.

Die Kommunisten gebärden sich bekanntlich im Reichstag als eifrige Gegner der Umsatzsteuer. Demgegenüber erscheint es angebracht, einmal festzustellen, wie der Sowjet der Volkskommissare in Rußland die Frage der indirekten Steuern betrachtet. Erst vor kurzer Zeit haben die Sowjet-Leute eine Steuer auf Tabakerzeugnisse und Zigarettenhülsen beschlossen, die folgende Sätze vorsieht: Für ein Pfund Rauchtabak 38 000 Rubel Steuern, für 1000 Zigaretten 64 000 Rubel Steuern, für 1000 Zigarillos 75 000 Rubel Steuern, für ein Pfund Machorka (schlechteste Tabaksorte) 30 000 Rubel Steuern, für 1000 Zigarettenhülsen 8000 Rubel Steuern, für 1000 Blatt Zigarettenpapier 4000 Rubel Steuern. — Wir wollen abwarten, ob die Herren Kommunisten jetzt eingestehen werden, daß sie lediglich aus Agitationsgründen Umsatzsteuern in Deutschland ablehnen. Bisher wurde alles das, was in Moskau zum Beschluß erhoben wurde, von den deutschen Moskauern für ein Heiligtum gehalten. Es ist also anzunehmen, daß Eberlein und Genossen ihre bisherige Auffassung revidieren, nachdem sie jetzt erfahren, was sie bisher aus Gründen der Unannehmlichkeit nicht erfahren wollten.

Die Denkschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 14. Dezember.

In seiner Sitzung vom 28. vorigen Monats hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund beschlossen, seine Stellungnahme zu der Ueberführung der Eisenbahnen in privatwirtschaftliche Formen in einer Denkschrift niederzulegen, die jetzt fertig gestellt und in der gestrigen Sitzung des Gewerkschaftsbundes genehmigt wurde. In der Denkschrift wird zunächst die Auffassung vertreten, daß die politischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben nur in einem Staatsbetriebe gewährleistet werden können, doch sei ein Verlangen nach Einführung anderer rationeller Wirtschaftsformen eine Forderung, der im Prinzip von fast allen Bevölkerungsschichten längst zugestimmt wird. Um die Reichseisenbahnen zu einem wirtschaftlichen Unternehmen umzugestalten, ist ihre Loslösung aus dem bisherigen Rahmen staatlicher Etatsrechte Voraussetzung. Als Rechtsform des gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens wird als solche die Aktiengesellschaft bezeichnet. An dem Aktienbesitz wären Industrie, Landwirtschaft, Handel und Eisenbahnpersonal zu beteiligen. Ein beträchtlicher Teil der Aktien müßte vom Reich und den Ländern übernommen werden. Die von dem Gewerkschaftsbund als dem Vertreter des Personals zu übernehmenden Aktien wären zum Teil in kleine Aktien zu zerlegen. An der Spitze des Unternehmens soll ein kollegiales Direktorium mit einem Generaldirektor stehen und über dem Direktorium ein aus zwanzig Köpfen gebildeter Aufsichts- und Verwaltungsrat. Die Aufsicht des Staates soll vom Reichsverkehrsministerium ausgeübt werden.

Die wirtschaftliche Betriebsführung dieser so ausgebauten Eisenbahngesellschaft wird als möglich bezeichnet, wenn eine Reihe verschiedener Neuerungen durchgeführt wird. Dieser Plan wird vor allem den Verhandlungen zugrunde gelegt werden, die demnächst zwischen dem Gewerkschaftsbund und der Industrie stattfinden werden. Es bleibt nunmehr abzuwarten, mit welchem Plan der Reichsverband der deutschen Industrie hervortreten wird.

Das Ergebnis von London.

Berlin, 13. Dezember.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen Rathenaus in London wird auch weiterhin strengstes Stillschweigen gewahrt. Nur Einzelheiten sind in führenden Kreisen der Koalitionsparteien bekannt. Der Gesamtkomplex der Erörterungen, die in London geflogen wurden, ist bisher auch den Ministern vorenthalten worden. Der Reichskanzler begründet seine Zurückhaltung damit, daß er neue Indiskretionen, die den Gang der Verhandlungen stören könnten, vereiteln will. Umsomehr hat der Kanzler zu dem Schweigen Anlaß, als führende Mitglieder des Reichsverbandes der Industrie erst in den letzten Tagen durch bestimmte Aeußerungen die Kreditberatungen mit dem Auslande zu stören versuchten und als gerade sie in den maßgebenden Kreisen aller Parteien Fühler ausstrecken, um eventuell eine neue Sabotage vollführen zu können. Das Kabinett wird schon in den allernächsten Tagen weitgehende Beschlüsse fassen. Es ist auch zu erwarten, daß am Ende der Woche, vorausgesetzt, daß die Situation es gestattet, der Kanzler entweder im Plenum des Reichsrates oder in einem Ausschuß über die Aussichten zur Erlangung von Krediten sprechen wird.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Reparationsproblem in London in einem Umfange aufgerollt wurde, wie es bisher nicht für notwendig gehalten worden ist. Man erwartet, daß, nachdem die englische Regierung einen günstigen Abschluß in bezug auf die Irische Frage und die Washingtoner Verhandlungen erreicht hat, diese sich jetzt mehr als bisher den kontinentalen Fragen zuwenden wird. Betont werden kann auch heute nur wieder, daß die Londoner Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluß gelangt sind, der unter den Gesichtspunkten der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation Deutschlands betrachtet, für uns nicht als ungünstig bezeichnet werden kann.

Aenderung im Einkommensteuertarif.

Berlin, 13. Dezember.

Durch die Geldentwertung ist eine gewisse Aenderung des Tarifes im Reichseinkommensteuergesetz in den unteren Stufen wünschenswert. Es kommen jetzt auch zahlreiche Angestellten und Arbeiter über die 24 000 Mark hinaus, bei denen ein 10prozentiger Abzug gemacht wird. Es wird diesen Arbeitern und Angestellten von ihrem Lohn oder Gehalt, der auch jetzt noch kaum das Existenzminimum erreicht, dann 20 Prozent abgezogen, steigen diese Schichten über 30 000 Mk. hinaus, ebenfalls heute ein sehr mäßiges Einkommen, so fordert die Steuerbehörde sogar 25 Prozent ein. Es ist also sehr notwendig, hier Milderungen eintreten zu lassen. Dem Reichstage liegt zur Mittwochverhandlung ein Antrag des Zentrums vor, der eine Aenderung der Einkommensteuer-Tarife vorschlägt. Leider beschränkt sich aber die Zentrumspartei nicht auf den Abbau in den unteren Einkommensschichten, sondern will auch den ganz großen Einkommen also auch den Millionen-Einkommen Vergünstigungen zuweisen. Dafür kann sich die sozialdemokratische Partei nicht einsetzen. Sie wird durch den Genossen Keil entsprechende Erklärungen bei dem Gesetzentwurfe vorbringen und dafür eintreten, daß zwar die unteren Einkommensschichten entlastet, die großen Einkommen aber in der bisherigen Weise herangezogen werden. Bei der Beratung der Angelegenheit wird die Sozialdemokratie auch von dem Standpunkte ausgehen, daß die Finanzämter nicht noch mehr belastet und verwirrt werden, wie bisher, damit die Steuereinziehung der großen Einkommen und Vermögen nicht noch mehr aufgehalten wird als bis jetzt.

Die große Steuerreform noch in Aussicht.

Berlin, 14. Dezember.

Der „Vorwärts" schreibt: Die Annahme des Hachenburgschen Planes im Reichswirtschaftsrat bedeutet nicht die Beseitigung der Notwendigkeit, die Sachwerte zu versteuern. Der Kampf um dieses Kernstück der großen Steuerreform steht noch bevor.

Die Erhöhung der Tabaksteuer.

Berlin, 14. Dezember.

Der Reichsausschuß für die Verbrauchssteuern behandelte gestern die Beratungen über die Erhöhung der Tabaksteuer. Unter anderem wurde auf einen Antrag des Zentrums die Steuer für die teuren Zigarren auf Mk. 1.20 für das Stück bei einem Preise von 3 Mk, mit einem Aufschlag von 20 Pf. für das Stück bei einem Preis von je 50 Pf. mehr festgesetzt. Für Zigaretten soll die Steuer bei einem Preise von 30 Pf. oder mehr 25 Pf. für das Stück betragen und mit einem Aufschlag von 5 Pf. für je 10 Pf. mehr im Preis. Ueber die Herabsetzung des Schutzzolles wird heute abgestimmt.

Gegen den Kartoffelwucher.

Da von allen Seiten dauernd und berechtigt Beschwerden über die Preisentwicklung der Kartoffeln laut werden, hat der Staatskommissar für Volksernährung unter dem 2. Dezember eine Rundverfügung an die Oberpräsidenten und den Vorsitzenden der Staatlichen Verteilungsstelle für Groß-Berlin gerichtet, in der neben der Bekämpfung des wilden Handels durch die inzwischen angeordnete Konzessionierung des Kartoffelhandels als weitere Abhilfemaßnahme folgendes angeordnet wird:

Für jede Provinz ist mit größter Beschleunigung ein Ausschuß zur Ermittelung der Kartoffelpreise, bestehend aus Vertretern der Landwirtschaft, des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher zu bilden mit der Aufgabe, angemessene Preise an Hand der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufgestellten Richtlinien unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse zu ermitteln. Diese Preisbemessung hat zur Grundlage die Marktnotierungspreise, die Ende September in den Erzeugergebieten von den Marktnotierungskommissionen festgesetzt worden sind, und einen Zuschlag, der die steigende Geldentwertung und die Gestehungskosten der nächsten Ernte berücksichtigt. Ferner heißt es in der Rundverfügung:

Es ist Vorsorge zu treffen, daß seitens der Ausschüsse benachbarter Bezirke mit ähnlichen Ernteverhältnissen möglichst gleiche Preise ermittelt werden, da wesentliche Unterschiede in den Preisen die Gefahr einer Verschiebung der Ware in die Bezirke mit höheren Preisen und somit einer Störung der Versorgung in sich birgt.

Die von den Ausschüssen ermittelten Preise sollen den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden als allgemeine Richtlinien für ihr Vorgehen bei der Bekämpfung der wucherischen Preisforderungen dienen. In Zweifelsfällen wird der im Erlaß vom 10. November 1921 vorgesehene Sachverständige sich über die Angemessenheit des Preises gutachtlich zu äußern haben. Als Sachverständiger wird, sofern ein solcher nicht bereits ernannt ist, tunlichst eines der Kommissionsmitglieder zu bestellen sein.

Die Preisermittlungen der Ausschüsse sind den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden mit größter Beschleunigung mitzuteilen; außerdem sind die Preise öffentlich bekanntzumachen.

•

Im Anschluß an diese Rundverfügung erläßt der Justizminister an sämtliche Generalstaatsanwälte folgende Verfügung:

Bei der Art der Zusammensetzung der nach dem Runderlasse des Staatskommissars in allen Provinzen zu bildenden Ausschüsse werden die Staatsanwaltschaften davon ausgehen können, daß die von den Ausschüssen laufend festgesetzten Kartoffelpreise die durch die Preistreiberei verordnung gezogenen Grenzen nicht überschreiten. Bei der Beachtung dieser Preise wird daher für die Staatsanwaltschaften regelmäßig kein Anlaß zu einem Einschreiten wegen Preistreiberei vorliegen. Bei Ueberschreitung dieser Preise wird dagegen wegen Preistreiberei einzuschreiten sein, sofern nicht die besonderen Umstände des einzelnen Falles zu einer anderen Beurteilung führen. Soweit in dieser Richtung Zweifel bestehen, wird der in früheren Rundverfügungen erwähnte Sachverständige zu hören sein, wenn nicht im einzelnen Falle die Hinzuziehung eines anderen Sachverständigen zweckmäßig erscheint.

Umschwung an der Börse.

Berlin, 14. Dezember.

Am Dienstag setzte am Berliner Devisenmarkt ein bemerkenswerter Umschwung ein. Die Kurse stiegen ganz erheblich über die gestrigen amtlichen Berliner Kurse und über die entsprechende Parität der ausländischen Börsen. Es notierten Kabel Neuyork 189, London 795, Holland 6725. Scheinbar handelt es sich nicht um eine vorübergehende Steigerung. Die Hauptursache ist offenbar der Umstand, daß Frankreich angeblich auf die Zahlungen der Januar- und Februar-Raten besteht, und daß das Ausland selbst kleine Anleihen nur zu sehr schweren Bedingungen geben will. Außerdem wirkte der gestern veröffentlichte Reichsbankausweis noch nach, der eine erneute Steigerung des Notenumlaufs um 1,8 Milliarden zeigte. Die weitere Entwicklung des Devisenmarktes wird hauptsächlich von dem Verhalten der Markspekulanten an den ausländischen Börsen abhängen.

Die abgelehnte Reichsflagge.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages beantragten die Deutschnationalen, an den Tagen der Vollsitzung die schwarz-weiße Preußenflagge auf dem Hause zu hissen. Die Herren Reaktionäre haben sich erst darüber lustig gemacht, daß Genosse Löbe im gleichen Falle auf dem Reichstagsgebäude die Reichsflagge setzen läßt, aber nur um das Beispiel möglichst bald nachzumachen. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie nichts gegen das Hissen der Preußenfahne hätten, aber die Reichsflagge sollte daneben wehen. Der Antrag ist einfach selbstverständlich. Preußen ist ja kein eigener Staat, sondern ein Glied des Deutschen Reiches. Schon in den alten wilhelminischen Zeiten hat auf dem alten Dreiklassenparlament neben der Preußenfahne die schwarz-weiß-rote Reichsflagge geweht. Warum sollte es jetzt auf einmal anders sein? Dahinter konnte nur die Absicht stecken den preußischen Partikularismus gegen das Reich herauszukehren und die Feindschaft gegen die neue Reichsflagge zur Schau zu stellen.

Trotz dieses ganz klaren Sachverhalts stimmen für die Reichsflagge nur Demokraten und Sozialdemokraten, dagegen mit Kommunisten, Unabhängigen und Deutschnationalen auch das Zentrum und die Deutsche Volkspartei. Wie überhaupt die sogenannte große Koalition sich bis jetzt dadurch auszeichnet, daß ihre Mitglieder bei fast allen Abstimmungen gegeneinander stimmen.

Der Demonstrationsbeschluß gegen die Reichsflagge erscheint uns als politischer Skandal. Sicherlich wird die Frage nicht mit der Entscheidung des Ausschusses erledigt sein, sondern in der Vollversammlung wieder aufgerollt werden. Bis dahin werden sich hoffentlich auch die Parteien der Mitte darauf besonnen haben, daß sie auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen wünschen. Und auch den Unabhängigen könnte nicht schaden, wenn sie an ihren guten Vorsatz denken wollten, nicht mehr das Spiel der Reaktion zu spielen und deren Geschäfte zu erleichtern. Wir überschätzen die Flaggenfrage gewiß nicht. Aber der Kampf um die Reichsfahne ist nun einmal das Symbol des Kampfes zwischen Monarchisten und Republikanern geworden, und wer die Republik ehrlich will, wird darauf sehen müssen, nicht nur sie selbst und ihre Beamten, sondern auch ihre Symbole mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu verteidigen.

Ablehnung von Strafverfolgung von kommunistischen Abgeordneten.

Dresden, 14. Dezember.

In der Plenarsitzung des sächsischen Landtages vom Dienstag wurden sieben Anträge auf Strafverfolgung der Genossen Renner, Langrock, Elbrodt und Ebert gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt. —

Der „Zusammenbruch" der Kohlenversorgung.

Aus zahlreichen deutschen Städten wird gemeldet, daß die Kohlenvorräte der Gas- und Elektrizitätswerke nur noch für eine ganz kurze Frist reichen. Ebenso wird aus verschiedenen Eisenbahndirektionsbezirken gemeldet, daß der Verkehr wesentlich eingeschränkt werden muß, weil keine Kohlen mehr für die Lokomotiven vorhanden seien. In einigen

Gegenden läßt man zahlreiche Züge ausfallen, in anderen die Züge stark verkürzt fahren; Schlafwagen kommen in Fortfall, wichtige Verkehrsverbesserungen der letzten Monate werden wieder rückgängig gemacht. Das geschieht zu einer Zeit, in der überall die Städte die Preise für Gas und Elektrizität ganz wesentlich erhöhen müssen, in der die Eisenbahn ankündigt, daß die Fahrpreise im allgemeinen auf das Zwanzigfache der Friedensfahrpreise erhöht werden.

Natürlich wird der Kohlenmangel sofort wieder zu einer Hetze gegen die Bergarbeiter ausgenutzt. Ist nicht das Ueberschichtenabkommen gescheitert? Natürlich, für den Spießer steht es fest: die Bergarbeiter arbeiten nicht genug, es fehlt an Kohle. Es kann nicht leicht eine falschere Behauptung geben als diese. Die deutsche Kohlenförderung betrug in den Kriegsjahren bald etwas weniger als 160 Millionen Tonnen; ungefähr so groß war sie auch im Jahre vor dem Kriege gewesen. Seit dem Ludendorffschen Kriegsverlust und Waffenstillstand sind das Saargebiet und die Pfalz für den deutschen Kohlenbergbau verloren; dafür sind etwa 10 Millionen Tonnen in Abzug zu bringen. Ohne die verlorenen Gebiete sank die Kohlenförderung im Jahre 1919 auf 108 Millionen Tonnen; sie stellte sich im Jahre 1920 auf 131 Millionen Tonnen und wird sich in diesem Jahre auf 126 Millionen Tonnen stellen. Selbstverständlich ist mit dem Wegfall der verlorenen Gebiete auch der Kohlenbedarf des Saarlandes der Pfalz und Elsaß-Lothringen in Abzug zu bringen. Die Kohleneinfuhr ist seit Kriegsende nur geringfügig, die Kohlenausfuhr einschließlich der Zwangslieferung beanspruchte 14 Millionen Tonnen im Jahre 1918, 8,5 Millionen im Jahre 1919, 22,5 Millionen im Jahre 1920 und 15 Millionen Tonnen im Jahre 1921. Für den deutschen Bedarf blieben verfügbar 99,5 Millionen Tonnen (1919), 109,5 Millionen Tonnen (1920) und mindestens 111 Millionen Tonnen im Jahre 1921. Diese Zahlen beweisen so deutlich, daß kein Rückgang der deutschen Kohlenförderung für den einheimischen Verbrauch vorliegt, daß sich jedes weitere Wort erübrigt.

Aber selbst angenommen, der für Deutschland zur Verfügung stehende Teil der Kohlenförderung wäre wesentlich geringer, so könnte darauf eine Verlegenheit der städtischen Werke oder der Eisenbahnen noch immer nicht zurückgeführt sein. Den gesamten deutschen Gaswerken stehen jährlich 8 Millionen Tonnen Kohle zu, d. h. 7 Proz. des für Deutschland zur Verfügung stehenden Kohlenvorrats. Selbst der volle Bedarf der Gaswerke stellt sich nur auf 9 Millionen Tonnen. Dieser Bedarf könnte selbst aus einer wesentlich kleineren Jahresproduktion mühelos gedeckt werden.

Mit dem Klagegeschrei über die „Faulheit" der Bergarbeiter kann man also nicht durchkommen. Deshalb hält es auch ein Teil der bürgerlichen Presse für klüger, die Schuld statt auf die Bergarbeiter lieber auf die Reichseisenbahn zu schieben. Nicht die Kohlenförderung, sondern der Kohlentransport habe versagt. Damit möchte man Stimmung für die Stinnesierung der Eisenbahnen machen, wenn man schon nicht im allgemeinen der Arbeiterklasse eins auszuwischen vermag.

Die Eisenbahn wird in diesem Jahre ganz gewiß wesentlich stärker belastet gewesen sein als in früheren Jahren. Das ergibt sich ohne weiteres aus den sehr ungünstigen Verhältnissen für den Wassertransport. Eine außerordentlich lange Zeit des Jahres hindurch waren infolge der schlimmen Dürre die Wasserwege für den Transport unbenutzbar. Nur mit der Eisenbahn konnten die Kohlen befördert werden, die sonst von Duisburg-Ruhrort auf dem Rhein heraufschwimmen. Kaum hat sich der Wasserstand wieder ein wenig gebessert, macht der Frost den Schiffsverkehr schwierig.

Aber trotz alledem müßte es und würde es wohl der Eisenbahn gelingen, den Kohlentransport zu bewältigen, wenn nicht gerade in den letzten Monaten alles andere hinter dem Lebensmitteltransport, insbesondere Kartoffelversand, hätte zurücktreten müssen. Trotz der frühen Ernte war nichts Durchgreifendes geschehen, um den Bedarf der Verbrauchergebiete sicherzustellen. Der freie Handel hatte in Erwartung noch höherer Gewinne alles zurückgehalten. Erst als die Verhältnisse sich kritisch zuspitzten, begann man mit aller Macht zu verladen und drosselte den ganzen übrigen Verkehr ab.

Es hat sich wieder einmal herausgestellt, daß der freie Handel gut sein mag für ein Volk, das mit allem Notwendigen reichlich versehen ist, z. B. auch mit Verkehrsmitteln. Einem Volke, das in dürftiger Enge lebt, kann nur eine sorgsam geordnete Wirtschaft dienen. Nicht ein Versagen der Eisenbahnen, sondern die anarchistische Unordnung der sogenannten kleinen Wirtschaft trägt die Schuld an der akuten Not des Kohlenmangels. Die überstürzte Aufhebung der öffentlichen Wirtschaft hat sich wieder einmal gerächt und wird sich noch oft rächen. Nicht Auslieferung der Eisenbahn an das Privatkapital und nicht Beschimpfung der deutschen Bergarbeiter kann zur Ueberwindung der Krise führen, sondern der planmäßig ordnende Eingriff des Staates in Wirtschaft und Verkehr.

Nationaldeutsche Juden.

Der „Verband nationaldeutscher Juden", der von Dr. Max Naumann geleitet wird, hatte unlängst eine Versammlung einberufen, zu der auch „nichtjüdische Deutsche" aus allen Lagern geladen und erschienen waren. Der Vorsitzende wetterte „gegen alles undeutsche Wesen auch im jüdischen Lager" und forderte eine deutsche Einheitsfront aller national empfindenden Elemente. In der Debatte sprach der deutschnationale Herr v. Oppeln-Bronikowski. Er sagte, seine Partei gelte und sei zum großen Teil antisemitisch, doch befinde sich in ihr eine starke Minderheit, die **den antisemitischen Rummel** nicht mitmache. Staatsminister v. Posadowsky-Wehner, die Abgeordneten Ritter und Delbrück seien keine Antisemiten und kämpften energisch gegen den in der Partei herrschenden Unfug. Es sei zu hoffen, daß die Partei sich nicht länger von einer kleinen Gruppe Deutschvölkischer tyrannisieren lassen werde. Der deutschnationale Redner wandte sich dann scharf gegen Ludendorff.

Für die Deutsche Volkspartei sprach der Abg. Kempkes sein Einverständnis mit den Zielen des Verbandes aus, an denen ihm das „bestimmte Auftreten gegen das Ostjudentum" besonders gut gefällt. Von den Demokraten sprach Abg. Helmcke, von der Sozialdemokratie unser Genosse Erwin Barth gegen den Antisemitismus. Der Chefredakteur des „Berliner Lokal Anzeigers" (der mit jüdischen Redakteuren stramm deutschnationale Politik treibt), Herr Dr. Oestreich, schloß sich ihnen an.

Die ganze Veranstaltung, die jetzt seit Tagen in der rechtsstehenden Presse ausführlich kommentiert wird, nimmt sich recht seltsam aus. Denn unter vernünftigen Leuten sollte es doch ganz selbstverständlich sein, daß Menschen, die unter Deutschen in deutscher Sprache und Kultur erzogen sind, eben nichts anderes sein können als Deutsche. Wenn sie zufälligerweise Juden sind, so haben sie allerdings neben den hundert Gründen, die für andere gelten, noch einen hundertsten, keine Antisemiten zu sein. Durch ein Kokettieren mit Parteien, in denen sie nicht geduldet oder wegen ihrer Abstammung über die Achsel angesehen werden, könnten sie sich nur verächtlich machen.

Gerade wer von deutscher Kultur eine hohe Vorstellung hat, wird in der antisemitischen Rassenhetze etwas ganz Undeutsches erblicken. Und vom Standpunkt einer klugen deutschen Politik aus gibt es auch nichts Dümmeres als sie. Denn der größte Teil der in der Welt verstreut lebenden Juden hat starke innere Beziehungen zum Deutschtum und kann nützlich wirken. Bekämen wir aber in Deutschland Zustände, wie sie in Rußland unter dem Zarismus herrschten, so würden sich diese Freunde zu Feinden verwandeln. Das ist, wenn man schon Gesichtspunkte der Internationalität und der Menschlichkeit nicht unmittelbar gelten lassen will, ein Grund, auch das ostjüdische Problem mit einiger Vorsicht zu behandeln.

Da die deutschnationale Politik nie etwas anderes gewußt hat, als die ganze Welt zum Haß gegen Deutschland zu erziehen, ist sie konsequenterweise auch antisemitisch. Das geistige Wesen der Deutschnationalen wird darum auch nicht von Delbrück und Posadowsky repräsentiert, sondern von Wulle.

Die Arbeitslosen-Frage.

Ein internationales Problem.

Der Internationale Gewerkschaftsbund schreibt:

Die Nationale Arbeitsgemeinschaft der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der englischen Arbeiterschaft hat eine Resolution veröffentlicht, die der von ihr zum 8. Dezember einberufenen Notkonferenz für Arbeitslosigkeit vorgelegt worden ist.

In dieser Resolution wird die auswärtige Politik der englischen Regierung insbesondere in ihrer „verhängnisvollen Wirkung auf den englischen Arbeitsmarkt" einer scharfen Kritik unterzogen und folgende Forderungen erhoben:

1. Es sollen sofort Schritte zur Stabilisierung der Wechselkurse unternommen werden

a) durch Beseitigung aller künstlichen politischen Schwierigkeiten, die zurzeit im internationalen Handel bestehen;

b) durch die Herbeiführung normaler Produktionsbedingungen auf dem Kontinent, und zwar durch Schaffung eines Kreditsystems oder Begebung einer internationalen Anleihe.

2. Im Einvernehmen mit unsern ehemaligen Alliierten sollen sofort Schritte unternommen werden, um alle territorialen und wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages von Versailles, die eine militärische Besetzung eines großen Teiles Zentraleuropas nötig machen, zu revidieren.

3. Man soll sich mit den Alliierten sofort dahin verständigen, daß die Bestimmungen über die Entschädigungsverpflichtungen revidiert werden. Die Revision soll einerseits für den Winderaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien Vorsorge treffen und andererseits offen zum Ausdruck bringen, daß irgendwelche allgemeine Zahlungen in Form gewaltiger Mengen von Exportgütern nur der Industrie des Landes schaden, das diese Waren aufzunehmen hat; in Wirklichkeit müssen Arbeiter dieses Landes dafür aufkommen, da die Löhne infolgedessen sinken und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Solche Zahlungen sollen deshalb eingestellt werden.

4. Es soll ein Abkommen zur Annullierung der während und infolge des Krieges abgeschlossenen gegenseitigen Schuldverpflichtungen zwischen allen Nationen herbeigeführt werden, die während des Krieges miteinander verbündet waren.

„Die Konferenz erklärt zum Schluß, daß die Verhältnisse in der britischen Industrie sich nicht bessern können und die britischen Arbeiter weiterhin von Arbeitslosigkeit und Lohnreduktion bedroht bleiben, solange eine solche Kursänderung in der Politik nicht stattfindet. Sie macht die Regierung, falls sie sich weigern sollte, diese Aenderungen durchzuführen, für die im Lande herrschende Wirtschaftskrise verantwortlich."

Im Sinn dieser Resolutionen hat sich der Internationale Gewerkschaftsbund wiederholt nachdrücklich ausgesprochen. Die Arbeitslosigkeit in dem jetzigen Umfange ist eine unmittelbare Folge der wirtschaftlichen und politischen Bestimmungen des Friedensvertrages und der Gesinnung, die in ihm zum Ausdruck kam, daß der Friede nur eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei.

Volkswirtschaft.

Der Eisenbahnstreit im Licht des Wirtschaftsfortschrittes.

Hinter dem Kampf um die Reichseisenbahnen steht ein interessanter volkswirtschaftlicher Zusammenhang. Die Reichseisenbahnen sind bisher ausschließlich horizontal organisierter Betrieb, das heißt: der Eisenbahnbetrieb beschränkt sich fast ausschließlich auf einen einzelnen Geschäftszweig, auf das Transportgeschäft an Personen und Großgütern auf eigenen Bahnkörpern. Nicht einmal die Reparaturwerkstätten sind in erforderlichem Umfange Reichseigentum. Die Betriebskohlen, die Materialien (Schienen, Wagen, Lokomotiven usw.) werden auf dem freien Markt gekauft. Wäre die Eisenbahn in privater Hand, so hätte dieser private Industrielle sich ohne Zweifel in Kohlenzufuhr-, Wagen-, Lokomotiven-, Schienenproduktion und weiterhin in der Beschaffung von Kohle und Eisen für diese Materialienproduktion unabhängig gemacht, er hätte vertikal konzentriert, er hätte also diese Vorstufen des Eisenbahngewerbes sich angegliedert, soweit diese Vorstufen für die Eisenbahn arbeiten; außerdem hätte er einige Nachstufen sich angegliedert, Lagerhauswesen, Spedition, Abrollverkehr, Speise- und Schlafwagen, Reisebureaus, er hätte sich mit der Post zusammengeschlossen, deren Kleinsendungenverkehr mit dem Großverkehr der Eisenbahn nahe verwandt ist und die betrieblich von der Eisenbahn nur künstlich zu trennen ist (Eisenbahntransportwagen, Posträume auf den Bahnhöfen). Vom Fern-Straßenbahnverkehr hätte der vertikal konzentrierende Industrielle sich nicht ängstlich ferngehalten, er hätte ihn in die Hand genommen, statt ihn zu bekämpfen. Wasserstraßen und Häfen und Schleppschiffahrt hätte er in seinen Kreis gezogen, eine große, horizontal breite, vertikal umfassende Verkehrsgesellschaft wäre erstrebt worden.

Was aber hat heute das Reich in der Hand? Staatskapitalistische, fiskalische Teilbetriebe, aber weder ein in modern kapitalistischem, noch in sozialistischem Sinne Ganzes. Die vertikale Konzentration ist der nur horizontalen Konzentration im kaufmännischen und zugleich im sozialistischen Sinne turmhoch überlegen. Die vertikale Konzentration ist verbindende Ordnung, ist Unabhängigkeit, bei der Urproduktion beginnend bis zum Konsum; sie schließt den wirtschaftlichen Kampf aus, sie gestaltet einen Wirtschaftskörper für sich. Die horizontale Konzentration, die Vereinigung der Betriebe gleicher Art in einer Hand und Beschränkung auf diese Betriebsart schließt den wirtschaftlichen Kampf nicht aus, sondern stellt die konzentrierten Betriebsgruppen als große Kampflager einander gegenüber — hier die Schwerindustrie und die Maschinen- und Wagenindustrie gegenüber der Eisenbahn. Nur der Wettbewerb mit gleichartigen Betrieben wird durch die horizontale Konzentration ausgeschaltet. Horizontale Konzentration ist gewiß eine Vorbedingung der vertikalen Konzentration, ist aber nur ein Uebergangsstadium, das unsere Privatindustrie überall rasch überwindet. (Eine sozialistische Gesellschaft wäre im Endzustand sowohl horizontal wie vertikal konzentrisch durchorganisiert: nach allen Richtungen ein geordneter Zusammenhang.)

Die Industrie betrachtet nun von ihrem Standpunkt aus mit vollem Rechte die Reichseisenbahnen als die horizontal konzentrierte Vorstufe eines vertikalen Aufbaues. Da das Reich diesen Aufbau vernachlässigt, meldet sie sich und fordert im Interesse wirtschafts-organisatorischen Fortschritts die Eisenbahnen für die Privatindustrie, und zwar nicht nur aus den oben genannten Zusammenschlußnotwendigkeiten heraus, sondern auch in Erwartung künftiger Elektrisierungen, d. h. eines Zusammenschlusses mit den Elektrokonzernen. Wir sind gewiß überzeugt, daß diese vertikale Verkehrskonzentration so allmächtig wird, daß das Reich sie wieder in Obhut nimmt, denn der hier gefährdete Sozialismus ist nicht nur Parteilehre, sondern ist die entwickelungsnotwendige Fortsetzung der vertikalen Konzentration. Aber wozu dieses Zwischenspiel? **Das Reich muß selbst hier vertikal konzentrieren** — wollen wir uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß der Sozialismus angebahnt werden soll, nicht durch den im Reich organisierten Gemeinwillen des Volkes.

Dem hochkapitalistischen Stinnes-Ideal muß entgegengesetzt werden der technisch-organisch gleich vollkommene, aber vom Gemeinwohl und Gemeinwillen geleitete, horizontal-vertikal konzentrierte Reichs-Verkehrsbetrieb. Ob dieser Betrieb unmittelbar auf Reichsrechnung ausgeführt wird oder auf Rechnung einer Gesellschaft, deren Kapital ausschließlich Reichseigentum ist, das ist Unterfrage, ist nur Ausführungsfrage. Eine Gesellschaft könnte auch deutsche Einzelländer und Gemeinden aufnehmen, deren Werke allein in der Vereinzelung weniger ergiebig sind (Kohlenzechen, die Schwäbischen Werke des Landes Württemberg, die mangels anderweiten Anschlusses der Gutehoffnunghütte angegliedert wurden und dergl.), eine Gesellschaft kann auch das Land Oesterreich miteinbegreifen.

Unsere gefühlsmäßige Entrüstung gegen die Privatisierung der Eisenbahnen muß wirtschaftspolitisch geschärft werden.

Dr. Wagner-Roemmich, Hamborn.

Viehmärkte.

Hamburg, 13. Dezember.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird uns mitgeteilt:

Kälbermarkt.

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
Doppellender	1600—1900 Mk.
1. Qualität Kälber	1350—1500 „
2. Qualität	1000—1200 „
3. Qualität	700— 900 „
nüchterne Kälber	800— 900 „

Marktzufuhr: 1100 Kälber. Der Handel war lebhaft. Durch die Landw.-Kammer wurden 86 Kälber verkauft.

Schweinemarkt.

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere, reine Ware über 260 Pfund	1700 Mk
mittelschwere Ware, 200—260 Pfund	1550—1650 „
gute, leichte Ware unter 200 Pfund	1400—1500 „
geringere Ware	1200—1300 „
beste Sauen	1500—1600 „
geringere Sauen	1200—1400 „

Marktzufuhr: 3200 Schweine. Der Handel verlief sehr langsam, die Preise mußten weiter nachgeben. Durch die Landw.-Kammer wurden 225 Schweine verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		13. Dez.	12. Dez.
Amsterdam	100 fl.	6718.25	6143.85
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1473.50	1268.70
Kristiania	100 Kr.	2832.15	2507.45
Kopenhagen	100 Kr.	3625.35	3161.80
Stockholm	100 Kr.	4625.35	4070.90
Helsingfors	100 finn. Mk.	333.65	311.65
Rom	100 Lire	888.20	759.20
London	1 £	794.20	689.30
New York	1 Doll.	183.81	165.33
Paris	100 Frs.	1548.45	1333.65
Zürich	100 Frs.	3736.25	3246.75
Madrid	100 Pesetas	2872.10	2407.—
Wien	100 K.	6.78	6.93
Budapest	100 K.	25.47	23.72
Prag	100 K.	226.75	202.75

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
Angekommen am 13. Dezember.						
D.		Kong Alf	Lauritzen	Sarpsborg	2	
D.		Seelotse	Hammer	Burgstaaken		3
Angekommen am 14. Dezember.						
D.		Otto Ippen 20	Dranke	Rostock	1	
D.		Wiking	Christensen	Svendborg	1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Besserer Herr
sucht zum 1. Januar angenehmes
möbl. Zimmer
am liebsten mit Pension bei älterer Dame. Ang. u. F M C an die Exp. d. Bl. (10485

½ bis 1 PS. Elektromotor,
nicht über 900 Touren pro Minute, zu kaufen gesucht. 10494
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer silbernen Hochzeit, insbesondere dem Chorverein u. dem Chormeister Herrn Hauschild, sagen ihren innigsten Dank
Heinrich Lamprecht u. Frau.
Schwartau, Kaltenhöferstraße 27. 10482

Am 12. d. Mts., abends 10½ Uhr, starb plötzlich und unerwartet nach kurzer, schwerer Krankheit unsere innigstgeliebte Tochter
Helga
im Alter von 1½ Jahren.
In tiefer Trauer
Hans Maaß
nebst Frau Olga geb. Wiese.
Rensefeld, (10517 den 12. Dez. 21.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Am Montag abend 10 Uhr entschlief nach kurzem schwerem Leiden mein lieber Mann und unser Vater (10474
Johannes Kopp.
In tiefem Leid die Hinterbliebenen
Frau Kopp und Kinder.
Stockelsdorf, Ahrensböckerstr. 60.
Die Beisetzung findet am Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Friedhofskapelle in Stockelsdorf statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.
(10507
Am 26. November starb auf See unser Kollege
Herm. Mortensen.
Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Hübsche Puppe z. v. 10509) Ludwigstr. 50, II.

1 Paar Schlittschuhe Gr. 23, z. v. (10510 Hundestr. 89/93, I, l.

Zu verk. Schlitten. 10508) Ziegelstr. 12. I. l.

Guterh. Handharmonika u. Reißbrett zu verkaufen 10499) Augustenstr. 28. pt.

1 Kachelofen billig zu verkaufen. **Schmidt,** 10490 Kottwitzstr. 47

E. Handharmonika z. vkf. 10460) Gerdesstr. 56. I

Z. verk. e. Kinderklappstuhl 10503) Glandorpstr. 37. III

Zu verk. Kn.-Spielsach. 10478) Busekiststr. 1 a.

Z. v. 1 f. n. Tepp., 1 P. Rollsch., 1 Hängel. 10484) Badowaltr. 5-7, I. l

Z. v. gr. Puppenk. m. Inh., Kindertisch, Schulranzel u. Handarbeitsk. 10486) Stitenstr. 27, I. l.

Schlachterld., Kindern. Gr. 50, Knb.-Mütze z. v. 10487) Feldstr. 15, II.

1 Chaiselong., n., billig z. v. Siedl. Dornbreite, 10488) Mailand 4.

Echt. Terrier, 8 M. alt, z. verk. (10479 Kottwitzstr. 39,

Ein Zugänger z. verk. 10502) Ludwigstr. 84, p.

Ein Kinderwagen z. k. gesucht. Angeb. u. B J a. d. Exp. d. Bl. (10504

Zu k. ges. ein Reisekoffer. Ang. unt. A K an die Exp. (10495

Eine braun getigerte Hündin entlaufen. 10500) Aegidienstr. 71, II.

Garant. reines **Schweineschmalz** Pfd. **25.50 M.** Sowie **Landmett- und Leberwurst,** Pfd. 16 M. 10480) Warendorpstr. 9.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung und Schäfte-Fabrik. (10461

Vorsicht beim Verkauf!
Reell!
Die öffentlich höchst gebotenen Preise für Bruchgold, Bruchsilber, Platin, alte Gebisse (auch einzelne Zähne), Brennstifte, Brillanten, alte Münzen, Doubleebruch zahlt wirklich und überbietet oft
Willi Westfehling
Uhrmacher u. Juwelier.
32 Holstenstr. **32**
Bestes Absatzgebiet 10498) für Händler.

Metallbetten.
Stahlmatr., Kinderbett., dir. a. Priv. Kat. 43 U frei. 9217, Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

H. Lücht, Hüxstraße 59,
Schuhwaren.
Damen-Stiefel von 130 Mk. an.
Herren-Stiefel von 225 Mk. an.
Herren-Stiefel mit doppelter Sohle und Lederfutter.
Kinder-Stiefel neu eingetroffen in allen Größen. 1065

Ankauf rohen Fellen aller Art
Tierhaaren
von
zu höchsten Preisen bei reeller Abnahme.
Annahme von Fellen zum Gerben.
J. L. Würzburg
Fell- u. Haar-Großhandlung 10496
Wahmstr. 22a. Fernspr. 753.

Pelze
Sonder-Angebot!
Eine große Partie eleganter
Pelzkragen
in schwarz, braun, grau
Mk. 145.- 180.- 220.-
Muffen
dazu passend
Mk. 120.- 160.-.
Herren-Pelzkragen
zum Auf- u. Abknöpfen in jeder Preislage.
Spezialität:
Alle Sorten Füchse,
sowie (10471
feinste Natur-Skunks, Pelzhüte, Fußtaschen, Fellvorlagen.
Pelzhaus Friedrich Zimmermann
Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße.

Ia. reines Speiseöl
vorzüglich zum Braten geeignet, empfiehlt noch besonders preiswert
Adler-Drogerie
Bad Schwartau,
Hans Grampp.
1050.) Fernruf 9046.

Für den Weihnachtstisch

finden Sie bei mir noch in großer Auswahl praktische Geschenke zu günstigsten Preisen.

Wß. Damast-Bettbezüge	Damen-Hemden
Wß. gestr. Bettbezüge	Damen-Beinkleider
Linon-Bettbezüge	Fert. D.- u. Kinderschürzen
Hemdentuche	Untertaillen
Schürzenstoffe	Taschentücher
Percal und Zephyr	Handschuhe
Kleiderstoffe in kariert	Korsetts
Gestr. Blusenstoffe	Schirme
Anzugstoffe in blau, marengo und farbig	Normalwäsche
	Oberhemden
Gestreifte Hosenstoffe	Binder, Kragen
10489)	Strümpfe

Beachten Sie meine 4 Fenster!

Heinrich Beuck
Brockesstraße 25.

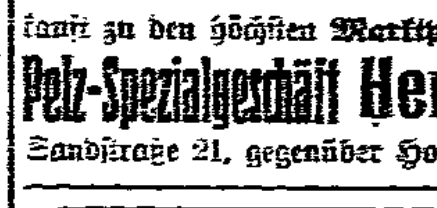
Bekanntmachung.

Am 24. Dezember wird die Reichsbankstelle von 12 Uhr mittags ab für den Verkehr geschlossen.
Lübeck, den 13. Dezember 1921.
10481 **Reichsbankstelle.**

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Nachdem die am 12. Dezember stattgefundene Generalversammlung die diesjährige Bilanz genehmigt hat, erfolgt
die Auszahlung des Rabatts
für im Geschäftsjahr 1920/21 entnommene Waren am
Mittwoch, dem 14. Dezbr.,
Donnerstag, dem 15. Dezbr. u.
Freitag, dem 16. Dezbr.
während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenablieferung erhaltenen Quittung.
An Kinder wird nicht ausbezahlt.
10497) **Der Vorstand.**

Telefon Humboldt 3511 — Edelmetall-Zentrale E.M.Z. — Telegr.-Adr. Edelzentrale Berlin
Berlin N 58 Ankauf — Lübeck Filiale — Halle Ankauf
en gros **Frick** en detail
Lübeck, Mengstraße 2, I.,
erstes führendes Geschäft am Platze.
Wir zahlen nach wie vor unüberbietbare Preise für
Gold-, Silber-, Platin- Sachen, Gold. Uhren, Gebisse.
Geschäftszeit von 9—1 und 3—6 Uhr.
Legitimation erforderlich. (10467


Kanin-, Hasen-, Katzen-, Fuchs-, Marder-, Iltis-Felle, sow. Maulwürfe kauft zu den höchsten Marktpreisen. (10473
Pelz-Spezialgeschäft Hermann Boy,
Sandstraße 21, gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

Verlobungsringe
fugenlos Massiv Gold (10483
333 gestempelt von 175 Mk. an
585 „ „ 350 „ „
C. Porté, Goldschmied,
26 Fleischhauerstraße 26.

Adlershorst. 10464 Jeden Donnerstag: **BALL.**

„Komödie der Irrungen"
als Wohltätigkeitsaufführung
am Freitag, 16. Dezember, abds. 7½ Uhr,
im Kolosseum
veranstaltet von ehem. Selektanern der 1. Knaben-Mittelschule.
Eintrittspreise: Num. Mk. 5.— u. 50 Pfg. Steuern und unnum. Mk. 4.— u. 40 Pfg. Steuer.
Kartenvorkauf; Zentrale für private Fürsorge, Nagel, am Markt, Drefalt, Holstentor und Niemann, Breite Straße. (10476

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck.
General-Versammlung
Donnerstag, 15. Dezbr., abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Neuwahl der Ortsverwaltung.
2. Bewilligung von Geldern.
3. Erhebung eines Extrabeitrages für Streikzwecke.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
10475) **Die Ortsverwaltung.**

Beckergrube 18, I.
Großhandel **Lübecker Edel-Metallhaus** Kleinhandel
M. Redner & Co.
Beckergrube 18 I. Teleph. 3422.
Die erste Absatzstelle am Platze
Augen auf!
Trotz des Dollarsturzes
haben wir Auftrag, die höchsten Tagespreise zu zahlen für nachfolgende Gegenstände aus:
Gold, Platin, Silber,
sowie Brillanten, Gebisse, Uhren und Schmucksachen aller Art.
Durch größeren Abschluß überbieten wir 10516
jede Konkurrenz!
Vorsicht beim Verkauf! — Vorsicht beim Verkauf!

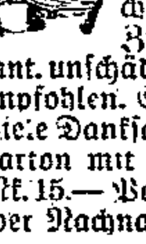
Edeltannen- u. ein fl. Poit. **Fichten-Weihnachtsbäume** sind ab Sonnabend Lindenplatz und Waisenhof billig zu verk. Verkaufe auch an Händler in größeren Mengen. (10491
Niendorf, Karpfenstraße 14 b.

D. T. V.
Vorstandssitzung
am Donnerstag, dem 15. Dez. abends 7 Uhr (10506
im Bureau.

Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck.
(10518
Ordentliche Ausschußsitzung der Vertreter
Donnerstag, d. 22. Dez. 1921 abends 7 Uhr **pünktlich,** im
Kulmbacher Bierhaus.
Fleischhauerstraße 16.
Tagesordnung:
1. Festsetzung des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1922
2. Eventuelle Beitragserhöhung.
3. Sonstige Kassenangelegenheiten.
Die Unterlagen für den Voranschlag können im Geschäftslokale der Kasse eingesehen werden.
Bei Behinderung des Ausschußmitgliedes wird der Vertreter zugezogen, wenn dies spätestens 3 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird.
Die **Ersatzmänner** der Ausschußvertreter können der Versammlung als **Zuhörer** beiwohnen.
Lübeck, den 9. Dez. 1921.
Der Vorsitzende des Vorstandes.
10518) **Joh. Körner.**

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.
(10512
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 16. Dezbr. abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Mitgliedsbüch. vorzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Mieterschutzverein e. V.
(10511
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 16. Dezbr., abends 7½ Uhr,
in den Zentralhallen,
Dankwartsgrube.
Stellungnahme zu dem Antrag des Grundeigentümervereins betr. Mietssteigerung.
Alle Mieter mit ihren Frauen müssen erscheinen. Aufnahme vor der Versammlung. Der Saal ist geheizt.
Der Vorstand.

Magerkeit

Schöne volle Körperformen durch unser „Hegro" Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 15.— Postanweisung oder Nachnahme. (1047.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck Ob. Mengstr. 10.

Raucherdank! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst. Vers. samt. Art. **Gg. Englbrecht,** München R. 137, Kapuzinerstraße 9. (10470

Glasscheiben
aller Art, Kitt, Glasschneider, Bilderleisten etc. (10462
OscarTauchnitz, Glashdl. Fleischhauerstr. 35 F. 2806

Tägl. frische Zufuhren in
Fluß-, See-fischen u. Räucherwaren
Prümm,
Wahmstraße 21. 10466

Konsumverein
für Lübeck und Umgeg. e. G. m. b. H.
(10492
Bezirks-Versammlungen
für die Mitglieder der Warenabgabestelle
31 Kücknitz
Donnerstag, 15. d. M., abends 6 Uhr, bei Gastwirt **Fahse,**
für die Mitglieder der Warenabgabestelle
11 Vorwerk
Freitag, 16. d. M., abends 7 Uhr, im Gasthof von **Windhovel,**
für die Mitglieder der Warenabgabestelle
32 Niendorf
Freitag, 16. d. M., abds. 7½ Uhr, bei Gastwirt **Behrens.**
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Geschäftsbericht.
2. Bericht des Genossenschaftsrats.
3. Ergänzungswahl d. Genossenschaftsrats.
4. Genossenschaftliches.
Pflicht eines jeden Genossenschafters ist es, die Versammlungen zu besuchen.
Der Vorstand.

Trocadero
Schüsselbuden 4.
Tel. 787. (10469
Täglich
die beliebten
Weberus-Konzerte.

Fledermaus
8.30 Uhr: das phänomenale Dezbr.-Programm.
1. Stock: Bar.
Speers Schrammel-Quartett. Tanz. Stimmung. Humor. (10468

Hansatheater.
Heute, (10493 Mittwoch u. Donnerst., 7½ Uhr:
Ein Walzertraum.
Freitag, 7½ Uhr:
Zum 40. und letzten Male: „Frl. Puck"
Sonntag nachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen. (Mk. 1.50 — 8.00): **Frau Holle.**
Abends 7½ Uhr: Zum ersten Male. **Das** (10493 **Milliardensouper.**

Stadttheater Lübeck
Mittwoch. 14. Dez., 7 U. **Brand.** Auf vielfach. Wunsch! (10492 17. Ab.-Vorst. Buchst. A.
Donnerstag, 15. Dez. 7.30 **Madame Butterfly.** 17. Ab.-Vorst. B. A.
Freitag, 16. Dezbr. 7.30 Uraufführung! **Die schönste Prinzessin.** Weihnachtsmärchen v. G. Decke. (Auß. Abonnement.) Ermäß. Pr.
Sonnabend, 17. Dez. 8.00 **Die schönste Prinzessin.** Ermäß. Pr. 7.30, 9. Abonn.-Vorst. **Die Fledermaus.**

Beilage zu Nr. 292
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 14. Dezember 1921

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 14. Dezember.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.,

hielt am Montag in der bis auf den letzten Platz gefüllten Flora seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer Henze behandelte den Geschäftsbericht und beleuchtete die wirtschaftliche Lage, die durch die außerordentlichen Preisschwankungen getragen ist und betonte, daß der Konsumverein wieder ein sehr bewegtes Jahr hinter sich habe. War das Geschäftsjahr für den Verein auch erfolgreich, so dürfte die Entwicklung der Verbraucherorganisation doch nicht stille stehen, sondern müsse immer vorwärts schreiten. — Die Mitgliederzunahme betrug im Laufe des Geschäftsjahres 2316, denen 495 Austritte gegenüberstehen, sodaß ein Mitgliederbestand von 17 666 verbleibt. Der Umsatz betrug 39 547 131.43 Mk., das ist gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 17 639 633,10 oder 80 Proz. In den Umsatzzahlen spiegelt sich nicht nur die Preissteigerung ganz erheblich wieder, sondern auch die Ausdehnung unseres Vereins. Auch in diesem Jahre wurden wieder eine ganze Reihe Wünsche uid Anträge an die Geschäftsleitung auf Eröffnung neuer Warenabgabestellen gestellt, doch konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden, da die Beschaffung von Lokalitäten für die Abgabestellen ganz außerordentlich schwierig ist. Trotz alledem ist es uns gelungen, in diesem Geschäftsjahre elf neue Abgabestellen zu eröffnen, davon drei in Lübeck und eine in Rensefeld. Die übrigen verteilen sich auf die Orte: Pansdorf, Klütz, Kusau, Bahnhof Gleschendorf, Carlow, Krummesse und Bujendorf, und auch jetzt liegen schon wieder eine Reihe Wünsche und Anträge auf Errichtung neuer Warenabgabestellen vor. Wir schließen unser Geschäftsjahr mit 49 Abgabestellen und zählen am heutigen Tage bereits 52. Unsere Manufakturwaren-Abteilung erfreut sich ebenfalls außerordentlichen Zuspruchs, betrug doch hier der Jahresumsatz 2 629 145.14 Mk. Unser jüngster Produktivzweig ist unsere Fleischerei, in der wir 24 bis 36 Zentner Wurst pro Woche produzieren. Die Qualität wird von unseren Mitgliedern als gut anerkannt, das zeigt der enorme Umsatz. So wurden in dem Laden unserer Fleischerei im Monat Oktober für 175 000 Mk. und im Monat November für 252 000 Mk. Wurst- und Fleischwaren umgesetzt. — Unsere weiteren Eigen-Produktivbetriebe, Tischlerei, Brause- und Limonadenanlage sind ebenfalls stark in Anspruch genommen, während die Mühlenanlage leider noch nicht in Betrieb genommen werden konnte. Ein großer Uebelstand ist, daß unser Verein leider noch nicht im Besitz einer eigenen Bäckerei ist und dürfte auch diese Frage einmal ernstlich zu erwägen sein. An Grundstücken konnten wir ebenfalls eine Anzahl erwerben, um unsere Abgabestellen dort unterzubringen. Wir besitzen augenblicklich deren 26, wovon 24 Wohn- und Geschäftshäuser sind, in denen wir 93 Wohnungen vermietet haben, woraus sich ebenfalls eine Betätigung unseres Vereins auf dem Wohnungsmarkte ergibt. — Unsere Sparkasse weist ebenfalls eine außerordentliche Zunahme auf. Es wurden im letzten Geschäftsjahre über 4 000 000 Mk. Einzahlungen gemacht, denen nur 1 800 000 Mk. Auszahlungen gegenüberstehen, so daß wir einen Einlagenbestand von 6 612 999.24 Mk. zu verzeichnen haben. Die Zahl der Sparer hat sich um 1 172 auf 8 328 vermehrt. Wenn wir auch über erhebliche Spareinlagen verfügen, so dürfen unsere Mitglieder doch nicht vergessen, daß die eigenen Betriebsmittel des Vereins heute nicht mehr ausreichen, um den Geschäftsbetrieb ordnungsmäßig aufrecht zu erhalten. Wenn die Verwaltung mit diesbezüglichen Anträgen an die Mitglieder herantritt, dann hofft sie, daß diese das notwendige genossenschaftliche Verständnis den Anträgen entgegen bringen; das außerordentlich bewegte Geschäftsjahr hat auch zweifellos unsere Genossenschaft arg durcheinander geschüttelt. Es ist uns in diesem Jahre durch die außerordentlichen Preisschwankungen nicht möglich, den Mitgliedern den sonst üblichen Rabatt von 3 Proz. auszukehren. Die Verwaltung schlägt ihnen deshalb die Verteilung eines 2prozentigen Rabatts vor. Bei dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß wir Genossenschaften keine Konjunkturgewinne machen können und machen dürfen, da wir sonst unsern eigentlichen Zweck nicht erfüllen würden. Unser eigentliche Zweck ist, preisregulierend auf dem Warenmarkt zu wirken, und unsere Mitglieder vor den schlimmsten wirtschaftlichen Schäden zu bewahren. Genosse Henze bittet am Schlusse dieses Berichts, von diesem Gesichtspunkte aus die Entwicklung unserer Genossenschaft zu beurteilen und diese Dinge bei der Kritik nicht unbeachtet zu lassen. Der Kassierer Jaeckat erläutert sodann die Bilanz und hebt besonders noch einmal hervor, daß die eigenen Betriebsmittel und die Reserve heute bei weitem den Ansprüchen nicht mehr genügen, wie dies eigentlich sein müßte und könne er sich nur dem Wunsche seines Vorredners anschließen. Die Aussprache, an der sich eine ganze Reihe Mitglieder, auch Frauen, beteiligten, zeigte, daß sich vieles im Laufe des Jahres aufgespeichert hatte, welches der Verwaltung unterbreitet wurde. — Der Einkäufer des Vereins, Genosse John, ging auf die verschiedenen Wünsche und Beschwerden des Näheren ein und hob hervor, daß gerade wir als Konsumentenorganisation, die wir nun mitten im privatkapitalistischen Zeitalter leben, außerordentlich beeinträchtigt werden. Ganz besonders behandelte er den durch die Machenschaften des Zuckerkartells uns aufgezwungenen Kampf in der Belieferung von Zucker. — Am Schlusse der Aussprache brachte der Genosse Göhr eine Resolution zu der vorstehenden Frage ein, die von der Generalversammlung einstimmig zur Annahme gelangte. Sie lautet:

Die am 12. Dezember 1921 zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend erhebt gegen **die preistreibende Machenschaft der privatkapitalistischen Unternehmungen**, speziell gegen das Zuckerkartell, das die Konsumgenossenschaften und ihre Großeinkaufsgesellschaft bewußt in der Belieferung von Zucker benachteiligt, schärfsten Protest. Sie erwartet, daß die zuständigen Organe hier eingreifen, und wird die Verwaltung des Konsumvereins beauftragt, diesen Protest an die zuständigen Stellen weiter zu leiten.

Bei der Wahl zum Aufsichtsrat wurde betont, daß auch die Frauen mit in dieser Korporation vertreten sein sollten, was allseitig anerkannt wurde. Hervorzuheben ist jedoch, daß die Frauen zunächst einmal versuchen müßten, sich an der genossenschaftlichen Kleinarbeit zu beteiligen, um sich für das Amt als Aufsichtsratsmitglied die notwendigen Vorkenntnisse zu erwerben. In den demnächst stattfindenden Bezirksversammlungen ist darauf zu achten, daß auch Frauen in den Genossenschaftsrat gewählt werden. Die Vorschläge zum Aufsichtsrat waren sehr umfangreich. Es wurden die Genossenschafter Bruns, Kempke, Feig und Löwrick in den Aufsichtsrat gewählt. Mit [illegible] der Wahlhandlung gab der Sekretär des Vereins, Genosse Göhr, seiner Freude darüber Ausdruck, daß die heutige Mitgliederversammlung so außerordentlich zahlreich besucht ist, und er bat, daß, wenn in den nächsten Tagen und Wochen die Bezirksversammlungen stattfinden, diese auch so zahlreich besucht würden, wie die heutige Generalversammlung. Es soll versucht werden, die Bezirksversammlungen recht interessant zu gestalten, da wir uns im Laufe der letzten zwei Jahre ganz außerordentlich ausgebreitet haben und nunmehr versucht werden muß, die Mitglieder auch in die Tiefe des Genossenschaftswesens zu führen. Unsere Grundsätze und unsere Ziele müßten mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden, daß jeder auch ein ganzer Genossenschafter werde. Er behandelte dann noch eingehend das Versicherungsgeschäft und ersuchte die Anwesenden, alle diese Fragen nur durch ihre eigene Organisation, das ist der Konsumverein, regeln zu lassen. Jeder Verbraucher müsse bedenken, daß wir uns zu einer Verbraucherorganisation zusammengeschlossen haben, um uns gegen jede Ueberverteilung und Ausbeutung zu schützen, und dann dürfe es nicht nur unsere Aufgabe sein, Waren zu vermitteln, sondern die Waren auch in eigenen Betrieben herzustellen. Nicht Stillstand, sondern vorwärts und aufwärts wollen und müssen wir uns entwickeln, dazu ist die Mitarbeit jedes einzelnen Genossenschafters notwendig. Die Bilanz wurde durch die Generalversammlung genehmigt und dem Verteilungsvorschlag zugestimmt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Genosse Warncke, verlas sodann den Revisionsbericht des Verbandsrevisors, der leider durch den störenden Wahlakt nicht so zur Geltung kam, wie es eigentlich erwünscht gewesen wäre. Einige sonstige Anregungen und Wünsche über das Austragen des Volksblattes sowie über die Feuerversicherung wurde durch die Versammlungsleitung zur Zufriedenheit beantwortet.

Achtung, SPD.-Metallarbeiter! Morgen, Donnerstag abend, wird die Entscheidung darüber fallen, wie die Verwaltungsstelle Lübeck des Deutschen Metallarbeiterverbandes für das kommende Jahr verwaltet werden soll. Am morgigen Abend wird die Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung vorgenommen und liegt es somit in der Entscheidung der Kollegen und Kolleginnen, zu bestimmen, ob nach den Grundsätzen alter gewerkschaftlicher Erfahrungen auch für das nächste Jahr die Geschicke der hiesigen Metallarbeiterschaft geleitet werden sollen. Wir fordern hiermit alle Kollegen und Kolleginnen auf, in der morgigen Versammlung zahlreich zu erscheinen und die Kollegen zu wählen, die durch ihre langjährige Tätigkeit für die Organisation bewiesen haben, daß sie auf Grund gewerkschaftlicher Erfahrungen gewillt sind, auch weiterhin die Organisation so zu leiten, wie es den Interessen der Mitgliedschaft entspricht.

Kollegen und Kolleginnen, nochmals erscheint in Massen und wählt die Kollegen der SPD. Der Fraktionsvorstand.

Metallarbeiter der S. P. D.

Morgen:

Neuwahl der Ortsverwaltung!

Erscheint vollzählig!

Die Maria-Schipsmann-Vorträge, die am Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfanden, haben dem Bildungsausschuß und mit ihm dem Sozialdemokratischen Verein wieder ein erkleckliches Defizit gebracht. Die Märchenvorträge am Nachmittag waren erfreulich stark besucht und die Kinder wurden in die lustigste Märchen- und Weihnachtsstimmung versetzt, sodaß die Nachmittagsveranstaltung einen vollen Erfolg bedeutete. Namentlich die Lichtbilderserie „Max und Moritz" machte den Kleinen viel Freude und mit sichtlichem Interesse folgten sie den bösen Streichen, die eine so schwere Sühne fanden. Maria Schipsmann fand für ihre ganz den Kindern angepaßte Erzählungsweise jubelnden Beifall. Der Heinrich-Heine-Abend war dagegen sehr schwach besucht, schlechter als der Klinger-Vortrag im Oktober, sodaß es kein Wunder wäre, wenn dem Bildungsausschuß die Lust zur Arbeit vergehen würde. Genosse Bromme hielt einleitend einen kurzen Vortrag über die Bedeutung des Schaffens von Heinrich Heine, den er insbesondere als den ersten Großstadtdichter feierte. Herr Josef Liszewsky sang mit seinem prächtigen sonoren Bariton die Lieder aus der Dichterliebe. Jene wunderbaren Poesien, die Heine im Gedenken an seine geliebte Hamburger Cousine, die er nicht heiraten durfte, geschaffen hat: „Wenn ich in deine Augen seh", „Im wunderschönen Monat Mai", „Aus meinen Tränen sprießen", „Ich will meine Seele tauchen", „Und wüßtens die Blumen, die kleinen", „Mir ist es, als ob ich die Hände" u. a. Ganz ausgezeichnet gelangen ihm „Die beiden Grenadiere", jenes Lied aus dem der Rhythmus der „Marseillaise" die Zuhörer packt und in den Bann zieht. Maria Schipsmann rezitierte eine große Anzahl von Heines Liebesgedichten, aber auch seine sozialen Gedichte. Ganz prächtig gelangen ihr der Spruch „An meinen Meister", Der Scheim von Bergen, Ritter Olaf, Deutschland 1840, ein Auszug aus der „Harzreise", „Das Sklavenschiff" und ein Kapitel des „Wintermärchens", während sie „Die schlesischen Weber" nicht mit solcher Wucht und Kraft zu Gehör bringen konnte, wie s. Zt. Genosse Heidmann. Ihr und dem Sänger Liszewsky wurde dankbarer Beifall zu teil. Schade nur, daß die große Mehrheit der Lübecker Arbeiter ferngeblieben war. Insbesondere vermißte man auch die Arbeiterjugend.

Lübecker Schiffsverkehr im November 1921. Der Verkehr im Lübecker Hafen, der bereits im Oktober außerordentlich lebhaft war, erfuhr im November nochmals eine erhebliche Steigerung. Ein Teil der Segelschiffe wurde, wie alljährlich um diese Zeit, aus der Fahrt genommen, infolgedessen sank die Zahl der ein- und ausgehenden Schiffe von 502 im Oktober auf 444 in diesem Monat; der Raumgehalt stieg jedoch gleichzeitig von 83 541 auf 93 714 Reg.-T. Die Gesamteinfuhrmenge betrug 45 557 Tonnen, mithin 12 000 Tonnen mehr als im Vormonat und etwa doppelt soviel als im September; die Steigerung ist hauptsächlich eine Folge der größeren Erz- und Holzeinfuhr, außerdem weisen die Viehzufuhr, die Einfuhr von Eisen und sonstigen Metallen sowie von Brennmaterialien steigende Ziffern auf. Die

Das Gemeindekind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Während dieses Gespräches war die Equipage vor dem Hüttchen angelangt, von dem sie nur noch der Wegrain und der Raum trennte, auf dem Pavel seine Bretter ausgelegt hatte.

Die Baronin befahl dem Kutscher, ordentlich zu hemmen und anzuhalten. Sie beugte sich aus dem Wagen und fragte: „Was sind denn das für Bretter?"

Habrecht trat heran und begrüßte die gnädige Frau.

„Sieh da," sprach diese, „der Lehrer, das ist schön, da können Sie mir gleich sagen, was das für Bretter sind?"

„Aus der herrschaftlichen Brettmühle, Euer Gnaden."

„Und wie kommen sie denn hierher?"

„Als Eigentum des Pavel Holub, der sie gekauft ha.

„Gekauft?" entgegnete die Baronin, „das ist schwer zu glauben, daß der etwas gekauft haben soll."

Pavel hatte sich bisher regungslos hinter dem Schulmeister gehalten; bei den letzten Worten der gnädigen Frau fuhr er auf, wendete sich, sprang in die Hütte und kam gleich darauf wieder zurück, einen Bogen Papier in der Hand haltend, den er ohne ein Wort zu sprechen, der Baronin überreichte.

„Was ist das?" fragte sie, „was bringt er mir da?"

„Die soldierte Rechnung über die gekaufen Bretter," antwortete Habrecht, an den die Frage gerichtet war.

„So — der kauft ein und bezahlt Rechnungen? Woher nimmt er das Geld dazu? Ich habe gehört, daß er einen Beutel voll Geld gestohlen hat."

„Eine alte Geschichte, Euer Gnaden, die nicht einmal wahr gewesen ist, als sie noch neu war."

„Ich weiß schon. Sie nehmen immer seine Partei. Ihrer Meinung nach habe ich immer unrecht gegen den schlechten Menschen."

„Er ist nicht mehr schlecht; die Zeiten sind vorbei, Euer Gnaden können mir glauben."

„Warum spricht er denn nicht selbst? Warum steht er denn da wie das leibhaftige böse Gewissen? .... Entschuldige dich," sprach die alte Dame, sich an Pavel richtend, „sage etwas, bitte um etwas. Wenn ich gewußt hätte, daß du ein Haus baust und Bretter brauchst, hätte ich sie dir geschenkt ... Kannst du nicht bitten? ... Weißt du nichts, um was du mich bitten möchtest?"

Jetzt erhob Pavel seine Augen zu der alten Frau. Zagend, zweifelnd blickte er sie an. Ob er etwas zu bitten habe, fragte sie nicht mehr, nachdem diese düsteren Augen sie angeblickt und sie in ihnen eine so kummervolle, so unaussprechliche tiefe Sehnsucht gelesen hatte.

„Was möchtest du also?" fragte sie, „so rede!"

Pavel zögerte einen Augenblick, nahm sich zusammen und antwortete ziemlich deutlich und fest: „Ich möchte die Frau Baronin bitten, daß Sie meiner Schwester Milada schreibt, sie möchte mir erlauben, sie zu besuchen."

Ungeduldig wackelte die Baronin mit dem Kopfe: „Das kann ich nicht tun, da mische ich mich nicht hinein, das ist die Sache der Klosterfrauen. Zu Milada darf man nicht ohne weiteres hinlaufen, so oft es einem einfällt, ich darf's auch nicht. Milada gehört nicht mehr uns, sondern dem Himmel ... Der Mensch," richtete sie sich wieder an Habrecht, „spricht auch immer dasselbe; ich begreife nicht, wie man sagen kann, daß er sich geändert hat ... Und jetzt fahren wir. — Adieu! Vorwärts, Jakob!"

Der Wagen setzte sich in Bewegung, war jedoch kaum ein Stückchen weiter gekollert, als die Baronin abermals Halt zu machen befahl, Habrecht herbeiwinkte und fragte:

„Was ist's denn mit dem neuen Schullehrer? Warum kommt er nicht? Er hat sich ja heute vorstellen sollen."

„Morgen, Euer Gnaden, wenn ich bitten darf."

„Wieso, morgen? ... Ist denn heute nicht Mittwoch?"

„Ich bitte um Verzeihung, heute ist Dienstag."

„Dienstag? Das ist etwas anderes. Ich habe schon geglaubt, der Jüngling, der vermutlich ein gelehrter Flegel sein wird, findet es überflüssig, der Gutsbesitzerin seinen Kratzfuß zu machen. Und wann reisen denn Sie, Schullehrer?"

„Nächste Woche, Euer Gnaden."

„Recht schade, recht schad um Sie, es kommt nichts Besseres nach," sprach die Baronin und fuhr, Habrecht huldvoll grüßend, davon.

Als der Lehrer sich nach Pavel umsah, stand dieser unbeweglich und feuerrot im Gesicht. „So ist es doch wahr?" fragte er, so mühsam schluckend, als ob ihm die Kehle zugeschnürt würde. „Sie gehen fort?"

„Das heißt, ich komme fort," erwiderte Habrecht zögernd: „ich bin versetzt worden."

„Weit weg?"

„Ziemlich."

„Wissen Sie das schon lange, Herr Lehrer, daß Sie versetzt worden sind?"

„Lang — nicht lang — wie man's nimmt ..."

„Warum haben Sie mir's nicht gesagt?"

„Wozu? hast du's nicht ohnehin erfahren?"

„Aber nicht glauben wollen, dem Herrn Pfarrer nicht und den andern schon gar nicht. Wenn es ist, habe ich mir gedacht, werden Sie es mir schon selbst sagen ...," er vermochte nicht weiter zu sprechen.

Der Anblick von Pavels schmerzvoller Bestürzung schnitt seinem alten Freunde ins Herz, aber er wollte sich nichts davon merken lassen. „Gönn mir mein Glück," rief er nach einigen Augenblicken des Schweigens plötzlich aus, „denk nur, ich komme unter lauter fremde Menschen ... Schaut mich einer an, schau ich ihn wieder an, ganz ruhig — fällt mir nicht ein, zu fragen: Was hast du von mir gehört, was mutest du mir Unheimliches zu? ... Die Achtung, die ich zu verdienen verstehe, werde ich haben und genießen — die höchste Achtung, denn wie ein Engel will ich sein, wie ein Heiliger, und sogar die schlechten Kerle werden zugeben müssen: Das ist einmal ein braver Lehrer! ... So wird es dort sein, während hier ..." er preßte die Hände an beide Schläfen und stöhnte herzzerreißend. „Ein Beispiel," fuhr er fort, „ich werde dir ein Beispiel geben wie es hier ist und wie es dort sein wird. Denk dir eine große Tafel, schneeweiß, die hätte ich mit edlen Zeichen beschreiben sollen, aber statt dessen habe ich dereinst die reine Tafel bekritzelt und beschmiert, und wenn ich jetzt tun will, wie ich soll, und schöne Buchstaben zeichnen, kann ich's nicht so ohne weiteres, das tolle Zeug, das schon dasteht, muß erst weggeputzt werden. O, wie schwer, nein — unmöglich! ... Und wenn ich auch meine, es ist ausgetilgt und keiner Spur mehr vorhanden — hinter meinen sorgfältig gemalten Lettern kommt es doch wieder zum Vorschein. Blasser von Jahr zu Jahr, ja vielleicht — was hilft's? — Dafür ist mein Aug empfindlicher geworden, und der Eindruck bleibt sich gleich ... Verstehst du mich? Das wird nun alles anders. Drüben in der neuen Heimat ist die Tafel blank, wie es von Anfang an gewesen, als sie mir anvertraut wurde. Die Tafel ist der Ruf. Verstehst du oder nicht? .... Unglücksmensch, mir scheint, du verstehst kein Wort!"

Pavel wehrte sich nicht gegen diesen Verdacht, ihn beschäftigten andere Gedanken, und plötzlich rief er: „Ich weiß, was ich tu — ich geh mit Ihnen."

„Das lasse dir nicht einfallen," fuhr Habrecht heraus, setzte aber, um die Schonungslosigkeit seiner Abwehr zu vermindern, erklärend hinzu: „Was würd aus deiner Mutter, wenn sie dich nicht fände bei ihrer Rückkehr?"

„Sie kann uns ja nachziehen, wenn sie will," entgegnete Pavel und zupfte an seinen Lippen, wie Kinder in der Verlegenheit tun. Und wie einem Kinde sprach Habrecht ihm zu, sich zu fügen, zu bleiben, wo er war, gab ihm Gründe dafür an und schloß ungeduldig, als Pavel zu allem den Kopf schüttelte: „Endlich! ... Woher deine Mutter kommt (von der ich übrigens nichts Schlechtes glaube), hätten die Leute bald weg und würden fragen: was für einen Anhang bringt uns der Lehrer ins Dorf? ... Das kann nicht sein — du mußt es selbst einsehen ... bescheide dich ..." Damit wandte er sich, und indem er den Schweiß abtrocknete, der ihm trotz der herbstlichen Kühle auf der Stirn perlte, trat er eilends die Flucht an, um etwaigen neuen Vorschlägen Pavels zu entrinnen.

(Fortsetzung folgt.)

Gesamtausfuhrmenge betrug 37 147 gegen 37 036 Tonnen im Vormonat. Der Stückgutverkehr nach Dänemark stieg fast auf das Doppelte, der Stückgutverkehr nach Schweden und Finnland stieg um 25 Prozent. Einzelne Massengüter erfuhren kleine Rückgänge im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr. Die Salzausfuhr war auch im Berichtsmonat lebhaft.

Waffenfunde auf dem Flugplatz Blankensee. Am Sonntag wurde von Kommunisten der Polizei gemeldet, daß sie ein Waffenlager wüßten. Unter Führung von hiesigen Kommunisten entdeckte dann die sofort vom Polizeiherrn zur Untersuchung der Sache beauftragte Sipo vergrabene Waffen auf dem Flugplatz in Blankensee. Es wurden gefunden: 5 schwere und 3 leichte Flieger-Maschinengewehre, 10 Reserveläufe, 21 Trommelmagazine, 1 Zielfernrohr und 1 Flugzeugmotor (Maibach). Alles war in Kisten verpackt. Der Motor, der 90—100 Zentner wiegt und einen Wert von 700 000 Mk. hat war mit einer Fettschicht umgeben, sodaß er sich jahrelang vergraben halten konnte. Die Maschinengewehre sind mit Luftkühlung versehen, so daß sie nur in Flugzeugen verwandt werden können. Die Polizei hat den gesamten Fund in Besitz genommen. Es wurde am Sonntag abend eine Wache auf dem Flugplatz gelassen und am Montag in Gegenwart von Kommunisten weitere Nachforschungen vorgenommen. Da diese behaupteten, daß noch mehr vergraben sei, wurde der ganze Platz abgesucht, aber nichts weiter gefunden. Ein in Blankensee wohnender Kommunist hatte mit seinem Sohn schon vor längerer Zeit das Lager entdeckt. Die Kommunisten, die schon seit Monaten von der Sache wußten, erstatteten aber jetzt erst Meldung davon. Von den Funden ist seitens der Polizei dem Reichsminister des Innern sofort Kenntnis gegeben worden. Die Ententekommission wird natürlich sofort eingreifen. Es besteht die Vermutung, daß die Sachen von Fliegeroffizieren vergraben worden sind. Ein Strafverfahren gegen Unbekannte, das sich aber hauptsächlich gegen die Leiter des Flugplatzes richtet, ist bereits eingeleitet. Gegenwärtig befindet sich in Blankensee nur ein Wachkommando unter Leitung des Oberleutnant Ziegler. Ueber diese Waffenfunde wurde bereits in der „Hamb. Volkszeitung" und in der „Roten Fahne", dem in Berlin erscheinenden Zentralorgan der Kommunisten, berichtet.

Schöffengericht.

Ungetreue Angestellte. Am Dienstag hatten sich sechs Angestellte der Firma Lüders u. Stange wegen Diebstahls resp. Hehlerei zu verantworten. Es waren dies der Expedient Kr., der Kaufmann R., der Korrespondent F., der Expedient H., der Handlungsgehilfe W. und der Buchhalter Kä. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie fünf Kisten resp. Fässer mit verschiedenen Waren der Firma L. u. St. gestohlen oder veruntreut haben. In einem Falle, wo es sich um ein Faß mit Farbe handelte, ließ der Staatsanwalt die Anklage fallen, da dieses Vergehen bereits im Jahre 1918 verübt wurde und somit unter die damals erlassene Amnestie fällt. In den übrigen Fällen handelt es sich um sogenanntes herrenlose Gut, das schon lange lagerte. Dieses wurde von dem Prokuristen Sch. als Zeuge bestätigt, der auch ferner auf Befragen erklärte, daß die Firma selbst vorläufig keinen Schaden durch das Vergehen der Angeklagten erlitten hat. Von letzteren sind noch heute mehrere bei der Firma in Stellung. Die Ware wurde mit einem Fuhrwerk vom Lager beim Kanal abgeholt, nachdem vorher die Angeklagten R. und H. die zur Auslieferung erforderlichen Scheine ordnungsmäßig ausgefüllt hatten. Kä., der damals stellungslos war, versuchte dann die Waren zu verkaufen, was aber nur teilweise gelang. Die Angeklagten, von denen einige der Beihilfe beschuldigt werden, sind im allgemeinen geständig. Sie wollen größtenteils in Not gehandelt haben. Das Gericht erkannte auf folgende Strafen: Kr. wegen Hehlerei und Beihilfe zum Diebstahl 6 Wochen 2 Tage Gefängnis; R. wegen Diebstahls und Beihilfe zum Diebstahl drei Monate Gefängnis; H. wegen Beihilfe zum Diebstahl 6 Wochen Gefängnis; W. wegen Diebstahls 6 Wochen Gefängnis; Kä. wegen Diebstahls und Hehlerei 3 Monate 1 Woche Gefängnis. F. wurde freigesprochen. Kr., Kä. und H. wurden mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren bedingt begnadigt. Den etwa noch entstehenden Schaden haben sie der Firma zu ersetzen. — Eine unbedachte Handlung verübten zwei bisher unbestrafte Arbeiter, die auf einem Dampfer im hiesigen Hafen beschäftigt waren. Der eine nahm einen Beutel mit 137 Paar Schnürbändern an sich und der andere zwei Unterhosen. Sie hatten die Sachen auf dem Schiff gefunden und unter ihren Kleidern verborgen. Beide hatten gegen den erhaltenen Strafbefehl von je 3 Wochen Gefängnis Berufung eingelegt. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf je 10 Tage Gefängnis. — Die 128. Strafe, die auf 3 Wochen Haft lautet, erhielt der Arbeiter B., weil er in starker Trunkenheit auf der Straße Passanten belästigt hatte. Fast alle Vorstrafen sind wegen Bettelns und Trunkenheit gegen den Angeklagten verhängt worden. — Ein teures Vergnügen. Einem Seemann, der im „Süden" eingekehrt war, wurde eine Brieftasche mit 12 000 Mk. Inhalt von dem Kontrollmädchen R. gestohlen. Die Tasche wurde am andern Tage in dem Zimmer des Mädchens im Sofa versteckt von der Polizei gefunden. Urteil: 3 Monate Gefängnis. — Der Bock als Gärtner. Der Schlosser M., der zu einer Künstlertruppe gehörte, die vor längerer Zeit im Hansatheater auftrat, stahl einer Künstlerin einen Pelzmantel, eine Reisedecke und eine Briefmarkensammlung. Die Sachen, die einen Wert von über 40 000 Mark hatten, waren in einem Koffer untergebracht, zu dem der Angeklagte die Schlüssel besaß. Er nahm die wertvollen Gegenstände aus dem Koffer und verkaufte sie für einen ganz geringen Preis. Der Künstlerin ist ein Schaden von 36 000 Mk. entstanden. Das Gericht erkannte einschließlich einer gegen den Angeklagten kürzlich verhängten Strafe von 1 Monat Gefängnis auf 8 Monate 2 Wochen Gefängnis. — Das gestörte Tanzvergnügen. Fünf junge Leute waren während eines Tanzvergnügens in der Friedrich-Franz-Halle in Streit geraten, wobei Gaslampen und andere Gegenstände im Werte von 2000 Mk. zertrümmert wurden. Da sie auf Aufforderung des Wirtes sich nicht aus dem Lokal entfernten, so mußten sich alle wegen Hausfriedensbruchs verantworten. Drei erhielten Strafen von je 75 Mk. und zwei von je 100 Mk. Außerdem erhielt einer wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 2 Wochen Gefängnis. Er wurde mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren bedingt begnadigt. Ein anderer erhielt wegen Sachbeschädigung 2 Wochen Gefängnis. Den entstandenen Schaden sollen zwei Angeklagte ersetzen.

Ein gutes Buch ist das beste Weihnachtsgeschenk und hat dauernden Wert. Um insbesondere den Eltern die Wahl guter Bücher zu erleichtern, hat der Bezirksvorstand der Arbeiterjugendvereine gemeinsam mit der Buchhandlung des Lübecker Volksboten im Gewerkschaftshaus eine Ausstellung guter Bücher, Jugendschriften, Bilder und Spiele veranstaltet. Die Arbeit war bisher nicht vergeblich. Der gute Zweck muß aber noch viel mehr gewürdigt werden. Die Preise sind möglichst niedrig gehalten, die Auswahl ist groß. Da der Ausstellungsraum nur noch bis Freitag abend zur Verfügung steht, wird im Interesse der Sache gebeten, noch recht fleißig von dieser günstigen Einkaufsgelegenheit Gebrauch zu machen. Geöffnet von 5—8 Uhr abends.

Lübecker Opferwoche. Der Verein der Gemüsegärtner Lübecks und Umgegend ließ dem Ausschuß der Lübecker Opferwoche zur Linderung der winterlichen Not den Betrag von 4416 Mk. überreichen, den der Verein unter seinen Mitgliedern gesammelt hatte.

ph. **Bei einem Einbruchsdiebstahl ertappt** wurde in Travemünde der Handlungsgehilfe Kowalski aus Beuthen. Er hatte bereits eine größere Menge mitnehmenswerter Sachen wie Teppiche usw. zusammengepackt, um mit diesen nach Altona zu fahren. Da aus der Villa viel mehr Sachen fehlen, als der Dieb eingepackt hatte, steht zu erwarten, daß er schon früher dort gestohlen hat. K. ist am 3. d. M. aus der Strafanstalt Rendsburg, wo er eine mehrjährige Zuchthausstrafe wegen Diebstahls zu verbüßen hatte, entwichen.

ph. **Wegen Unterschlagung** wurde eine hiesige Händlerin künstlicher Blumen zur Anzeige gebracht. Sie betreibt einen Handel mit Kleidungsstücken und dergl., die sie von annoncierenden Herrschaften erlangt. In allen Fällen verspricht die Händlerin, das Geld für den verkauften Gegenstand sofort abzuliefern, doch hält sie nur selten ihr Wort. **Vor der Händlerin wird gewarnt.**

k. **Schlutup.** In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurden sieben Genossen aufgenommen. Die Revolutionsfeier ergab einen Ueberschuß von 128,65 Mk. Die Summe wurde dem Fahnenfonds überwiesen. Auch über das Ergebnis der Bürgerschaftswahl wurde noch geredet. Geklagt wurde über die Verhältnisse der Schlutuper Fähre, welche sich in einem sehr bedauerlichen Zustande befindet. Es wurde beschlossen, die hiesige Polizeibehörde zu beauftragen, den Pächter zu veranlassen, daß er eine öffentliche Preistafel aushängt und nicht nach Belieben Preise fordert. Scharf verurteilt wurde das Urteil im Falle der Flaggendemonstration. Beschlossen wurde, am Silvester einen Ball abzuhalten. Ein etwaiger Ueberschuß soll dem Fahnenfonds überwiesen werden. Die Versammlung war gut besucht.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände und Delegierte des Ortsausschusses! Am Freitag, dem 16. d. Mts., findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung des Ortsausschusses statt. In dieser Sitzung wird zu sehr wichtigen Fragen Stellung genommen und Beschluß gefaßt werden müssen. Die Vorstände der Gewerkschaften und die Delegierten des Ortsausschusses werden daher gebeten, vollzählig zu dieser Sitzung zu erscheinen. Das Gewerkschaftsfestkomitee tritt um 6½ Uhr im Gewerkschaftssekretariat zu einer Besprechung zusammen. Der Vorstand.

Achtung, Jungsozialisten! Morgen Donnerstag, abds. 7½ Uhr „Zur alten Post": Diskussionsabend über „Ursprung der Familie", eingeleitet durch Gen. Ahrenholdt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Arbeitsausschuß.

Hansa-Theater. Mittwoch und Donnerstag „Ein Walzertraum". Freitag zum 40. und letzten Male „Fräulein Puck". Sonntag nachmittag 3 Uhr Wiederholung des Weihnachtsmärchens „Frau Holle"; abends 7½ Uhr zum ersten Male „Das Milliardensouper".

Stadt-Theater. Donnerstag: „Madame Butterfly." Freitag findet die Uraufführung des Weihnachtsmärchens: „Die schönste Prinzessin" von unserem einheimischen Dichter Georg Deecke statt. Regie: Karl Heidmann. (Textbücher sind im Verlag von C. W. Hauß, Breite Straße) zu haben.

Wohltätigkeitsaufführung. Das seit Menschengedenken in Lübeck nicht aufgeführte Shakespeare Verwechslungslustspiel: „Komödie der Irrungen" wird am Freitag, dem 16. Dezember, im „Kolosseum", abends 7½ Uhr, von ehemaligen Selektanern der I. Knaben-Mittelschule aufgeführt und zwar zu Gunsten einer Weihnachtsbescherung für Kinder Minderbemittelter, die zur Weihnachtszeit viele glückliche Menschen sehen und sich selbst nicht freuen dürfen.

Angrenzende Gebiete.

l. **Seeretz.** Nachträgliches zur Gemeindevertreterwahl. Die Kommunisten hatten bei der letzten Gemeinderatswahl eine eigene Liste aufgestellt, oder besser gesagt eine Liste, um sich persönlich in den Gemeinderat zu bringen. Sie versuchten auch in den sozialdemokratischen Versammlungen in Hemmelsdorf, Ratekau und Seeretz mit allerhand Winkelzügen die Arbeiter vor unserer Liste graulich zu machen. Besonders betätigten sich Nickel-Lübeck und Tiedge-Ratekau mit einem Nachschub aus Lübeck in den Versammlungen, um unsere gut organisierte Arbeiterschaft in dieser Gegend zu spalten. Nun steht Herr Tiedge draußen und muß zu allem hin seine eigene Arbeit und Liste zum Hohngelächter jedes denkenden Menschen preisgeben. Liest man doch in den „Neuen Nachrichten für Ost- und West-Ratekau" (Nr. 11) folgende Berichtigung:

„Bei den durch die Wahlkommission eingereichten Wahlvorschlägen war in der Liste Tiedge Herr August Fock vom Timmendorfer Strand mit aufgestellt. Herr Tiedge erklärt, daß Herr August Fock ohne sein Wissen und Willen auf die Liste gekommen ist und legt dagegen Verwahrung ein, daß seine Liste als die kommunistische bezeichnet wird."

Eine größere Heuchelei hat wohl noch kein Stratege fertig gebracht. Bevor der Hahn zweimal kräht, wird der Bruder dreimal verleugnet. Der Erfolg der kommunistischen Spaltungsarbeit ist, daß die Arbeiterschaft nicht die Mehrheit erhielt. Nun sitzen wir wieder sechs zu sechs. Das Resultat ist folgendes: Liste Langbehn (Bürgerl.) 775 Stimmen, Liste Tiedge (Komm.) 113, Liste Hinrichsen (SPD.) 817 Stimmen. Zur Kennzeichnung Tiedges sei noch erwähnt, daß er 1919 von der SPD. gewählt wurde. Seine Hauptarbeit bestand in der Schädigung unserer Organisation durch Quertreibereien. Als Kommunist muß er nun nach Moskauer Vorschrift seine Lebensarbeit in der Vernichtung der Arbeiterorganisationen sehen. Wie lange wird sich die Arbeiterschaft solche Schädlinge noch gefallen lassen?

Eutin. Nach dem amtlichen Ergebnis der Landesausschußwahl entfielen auf den Wahlvorschlag Bartels (Soz.) 8660, Karl Fick (Komm.) 626 und Mahlstedt (bürgerl.) 10 606 Stimmen. Der Landesausschuß setzt sich aus folgenden Abgeordneten zusammen: Sozialdemokraten: Hauptlehrer Karl Bartels, Liensfeld; Kreisleiter des Landarbeiterverbandes Karl Fick, Stockelsdorf; Hauptlehrer Hugo Schmidt, Cleverbrück; Lagerhalter Otto Wecker, Malente; Lagerhalter Paul Henkel, Eutin; Schlosser Johannes Ketelhohn, Bad Schwartau; Maurer Johannes Lambrecht, Gronenberg; Geschäftsführer Paul Thäiner, Ahrensbök; Schmied Ernst Landschoof, Ovendorf; Maurer Johannes Lüth, Seeretz; Maurer Gustav Spethen, Gnissau; Arbeiter Ernst Kühl, Benz. — Bürgerliche: Bürgermeister Albert Mahlstedt, Eutin; Hofbesitzer Hinrich Dohm, Brackrade; Bauunternehmer Heinrich Steenbock, Eutin; Zimmermeister Ernst Meyer, Rensefeld; Mühlenbesitzer Heinrich Mews, Eutin; Major a. D. Joachim v. Levetzow, Sielbeck; Hofbesitzer Ernst Stammer, Rensefeld; Hotelbesitzer Friedrich Fick, Malente; Postinspektor Johannes Blunck, Eutin; Gärtnereibesitzer Ernst Bierbach, Stockelsdorf; Kaufmann Ernst Haack, Eutin; Klempnermeister Wilhelm Höft, Ahrensbök; Hauptlehrer Alfred Kramer, Klein-Parin; Hofbesitzer Georg Osmers, Bierth.

Kiel. Die Stadt in Not. Eine öffentliche Versammlung der Kieler Bürgerschaft befaßte sich mit der wirtschaftlichen Lage Kiels und forderte vor allem Unterstützung des Reichs für den Wiederaufbau. Eine Resolution wandte sich gegen die Erklärung des Reichsfinanzministeriums, daß die Not der Stadt und ihr Wiederaufbau eine rein kommunale Angelegenheit sei. Diese Erklärung stehe im Widerspruch mit den Versicherungen, die der Stadt und der Bürgerschaft mehrfach von berufenen Vertretern der Reichsregierung gegeben worden sind. Die Stadt Kiel sei durch den Ausgang des Krieges in ihrer Existenz bedroht. Der Lebenskampf sei ihr erschwert durch die einseitige wirtschaftliche Entwicklung, die sie als Reichskriegshafen Jahrzehnte hindurch nehmen mußte. Trotzdem habe sie den Kampf mit diesen Schwierigkeiten, die zunächst unüberwindlich erschienen, unter Aufnahme ihrer ganzen Kraft aufgenommen und wolle auch weiter ihr Letztes an den Wiederaufbau der Stadt setzen. Nur eine wirtschaftlich lebensfähige Hauptstadt könne ihre wichtigen Aufgaben auch auf kulturellem Gebiete in der Grenzmark Schleswig-Holstein erfüllen. Die Stadt wird fortfahren, Kiel zu einem Handels- und Industriehafen auszubauen. Die Bürgerschaft Kiels vertraut auf die Unterstützung der Provinz, des Staates und der Volksvertretung.

Eckernförde. Ein neues Ostseebad großen Stiles soll bei Eckernförde entstehen. Die städtischen Körperschaften beraten zurzeit über die Aufbringung der Kosten, die für das gesamte Projekt mit Kurhaus und Badeanlagen auf etwa 2½ Millionen Mark veranschlagt sind. Es ist die Einbeziehung des neuen Bades in eine Dampferlinie geplant, auch sind Vergnügungsfahrten von Eckernförde nach Kiel und den nächsten dänischen Inseln vorgesehen. Der Bau der Badeanlagen soll so beschleunigt werden, daß mit der Eröffnung des neuen Seebades schon im Mai oder Juni nächsten Jahres zu rechnen ist.

Cuxhaven. Stillegung der gesamten Fischdampferflotte. Die gesamte Cuxhavener Fischdampferflotte wird mit Ablauf dieser Woche zum Stilliegen kommen. Es sind nur noch fünf Dampfer zum Fange unterwegs, von dem sie im Laufe der Woche heimkehren werden. Seit Wochen können schon keine Fischdampfer mehr bekohlt werden, in absehbarer Zeit ist mit irgendwelchen Kohlenzufuhren nicht zu rechnen. Die hiesigen Großfischhandlungen bereiten sich auf eine längere Schließung ihrer Betriebe vor.

Neue Bücher.

„Die Siedlungsgesetzgebung" (Einschließlich: Heimstättengesetz, Kleingarten- und Pachtschutzordnung.) Ein Kommentar mit geschichtlicher Einleitung von Dr. Eduard David, M. d. R. (1921 J. H. W. Dietz Nachf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. (Preis br. 10 Mk., geb. 15 Mk.) David erörtert lichtvoll die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes und weist den großen Volksmassen, für die jetzt die Siedlungsfrage eine Lebensfrage geworden ist, den Weg zur Wahrung ihrer Interessen. Zugleich hält er diesen Massen die Grenzen der bestehenden Siedlungsgesetze vor Augen und fordert für sie die reichsgesetzliche Regelung der Bodenwertbemessung für alle Fälle des Bodenerwerbs zu Siedlungszwecken und ein Reichsbodennutzungsrecht, das Mindestbestimmungen im Hinblick auf die Intensität der Bodenbebauung und eine Höchstgrenze für den privaten Besitz an Boden zieht.

Quittung.

Ein gegangene Gelder beim Ortsausschuß für Rußlandhilfe.

Schneider-Verband	616,05 Mk.
Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft	2782,— „
Ewers & Miesner	153,— „
Ruß & Co.	55,— „
General-Anzeiger	184,— „
Ziegelei Rothebeck	94,50 „
Schetelig & Nölck	200,— „
Thiel & Söhne	446,25 „
Gemeinde- und Staatsarbeiter	1337,50 „
Bauarbeiter-Verband	1901,— „
Genossenschaftsbäckerei	135,— „
Gebr. Müter	20,— „
Travewerk	31,— „
Schwartau-Neustädter Bahnbau	2765,— „
Metallarbeiter-Verband	5000,— „
Steinsetzer	41,— „
	15761,30 Mk.

Für die Kinderspende: Sparklub „Tante Mine" Mk. 40.—

Spurlos verschwunden

sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Pusteln, Pickeln, Gesichtsröte, Blütchen usw. durch tägl. Gebrauch der allein echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

(10465

Bekanntmachung.

Gemäß Rat- und Bürgerschluß vom 7. 12. 1921 werden die Beiträge zur Stadtwasserkunst für das **Vierteljahr Januar/März 1922** wie folgt festgesetzt:

Für jeden heizbaren Raum sind zu zahlen:

A. in der Stadt

1. von Häusern mit Leitungen . . . . 5.50 Mk.
2. von Häusern ohne Leitungen
   a) zum Taxwert über 12 000 . . . . 3,65 „
   b) zum Taxwert über 6000 Mk. bis 12 000 Mk. . . . . 2,75 „
   c) zum Taxwert von 6000 Mk. und darunter . . . . 1,85 „
3. von Buden mit eigenen Leitungen in Gängen usw. sowie von Wohnkellern mit eigenen Leitungen . . . . 2,75 „
4. von Buden ohne Leitungen in Gängen usw., die mit Leitungen versehen sind . . . . 1,85 „
5. von Buden in mit Wasserleitung nicht versehenen Gängen usw. sowie von Wohnkellern ohne Leitungen . . . . 0,75 „

B. in den Vorstädten

1. von Häusern mit Leitungen . . . . 5,50 „
2. von Häusern ohne Leitungen . . . . 2,90 „

Ueber die hiernach zu zahlenden Beiträge gehen den Hauseigentümern demnächst neue Rechnungen zu. Dagegen werden die bereits zugestellten Hebezettel für 1921/22 bezüglich der berechneten und **noch nicht bezahlten** 4. Rate aufgehoben. Bereits bezahlte Beträge der 4. Rate werden in Anrechnung gebracht.

Lübeck, den 13. Dezember 1921. (10477

Die Betriebsbehörde.

Mehlausgabe.

Auf den Abschnitt C 80 der jetzt gültigen Brotkarte werden ausnahmsweise in der Zeit vom 17. bis einschließlich 30. ds. Mts.

500 Gramm 70%iges amerikanisches Weizenmehl

zum Preise von 3.75 Mk. ausgegeben.

Ferner können vom 24. ds. Mts. ab bis auf weiteres wöchentlich auf dem jeweils gültigen Abschnitt C

200 Gramm amerik. Weizenmehl

zum Preise von 1.50 Mk. verabfolgt und entnommen werden. 10505

Lübeck, den 14. Dezember 1921.

Das Landesversorgungsamt.